# Lübecker Volksbote.

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.**

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 59. Freitag, den 11. März 1910. 17. Jahrg.


**Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt".**

## Die Geeinten.

Noch vor wenigen Wochen einnerten die Einigungsverhandlungen der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei an drei verlorene Bankerotteure, die ihre Konkursmasse zusammenwerfen. Oder an drei politische Gespenster konnte man denken, die in der Geisterstunde den Sargdeckel abheben, einander bei den Händen fassen und um ihre eigenen Leichensteine einen Reigen tanzen. Heute hat sich der Wind etwas gedreht. Die scharfe Luft des preußischen Wahlrechtskampfes hat mit der wahrlich nicht angeborenen Farbe der Entschließung auch ein wenig die blassen Wangen des bürgerlichen Linksliberalismus geschminkt, und seine Redner haben hier und da mit uns Seite an Seite auf den Tribünen gestanden mit der scharfen Front nach rechts. Aber das soll uns, angesichts der nun glücklich vollzogenen Einigung, beileibe nicht hindern, in Ruhe und Klarheit auszusprechen, was ist.

Hinter der Einigung des deutschen Freisinns stand drängend und treibend und aus hohlen Augen in die Welt blickend die gänzliche politische Hoffnungslosigkeit. Der Blockpolitik ist der Kehraus getanzt, der Patron des Linksliberalismus, der die freisinnigen Heroen sogar mit Orden begnadet, Herr Bülow, erfreut sich procul negotiis, fern vom Amte, der milden römischen Frühlingssonne, die Ritter des Junkertums sitzen wieder fester in den Sätteln als je und lassen höhnend die liberalen Troßbuben zu Fuß nebenherlaufen. Schlecht Wetter in der Politik für den armen Freisinn! Und das Barometer steht auch für die nächste Zeit sehr miserabel. Mein Gott ja, da einigt man sich eben ein bißchen. Vielleicht nützt das etwas, vielleicht auch nicht! Das sind die trübseligen Sterne, die über dieser Einigung leuchten. Nicht wie vor fünfunddreißig Jahren die beiden Fraktionen der Sozialdemokratie, Eisenacher und Lassalleaner, sich zu Gotha zusammenschlossen, zwei Armeen, die Fahnen mit dem Lorbeer gekrönt, auf unaufhaltsamer Siegesbahn, sondern geschlagene und versprengte Heerhaufen sind es, die sich hier zusammenfinden, um sich in die böhmischen Wälder zu schlagen und dort ihre politische Existenz weiter zu fristen.

Und die Einigung ändert auch nichts daran, daß die Klassenschichtung in Deutschland einer bürgerlichen Demokratie — im Namen der neuen Partei, Fortschrittliche Volkspartei, hat man den Begriff Demokratie sorgfältig vermieden — alles andere als günstig ist. Im Lauf der Jahre hat die wirtschaftliche Entwicklung aus dem Freisinn alle kleinbürgerlich-demokratischen Elemente herausgefegt, und je mehr in dieser Partei die Interessen des mobilen Kapitals zum Durchbruch kamen, desto mehr paßte sich ihre Politik natürlich den Forderungen der Reaktion an: wie der Nationalliberalismus mit der Zeit fast freikonservativ wurde, so wurde der Freisinn mit der Zeit fast nationalliberal! Und es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die Einigung selbst im Zeichen eines entschiedenen „Rucks nach links" vor sich gegangen sei. Man höre doch, wie in der neuen Partei für die unbedingte Gleichberechtigung der Frauen kein Platz ist und wie bittere Klagen Fräulein Lischnewska über die Lauheit des Programms führte, was das Frauenstimmrecht angeht! Man vernehme in den Trinksprüchen eines Müller-Meiningen etwa die Sehnsucht nach einer Verbrüderung mit dem Nationalliberalismus und das wohlwollende Echo, das aus der nationalliberalen Presse zurückschallt! Und man sehe sich diese fünfte Garnitur von Bezirksvereinspolitikern an, diese Cassel, Fischbeck, Kopsch, Pachnicke und Wiemer, die, zum Teil fanatische Opportunisten und erbitterte Sozialistenfeinde, neben den Träger und Gothein, den Naumann und Haußmann im geschäftsführenden Ausschuß der neuen Partei sitzen! Dann weiß man, was es mit dem „Ruck nach links" auf sich hat.

Und da, um mit den Worten des alten Demokraten Franz Ziegler zu reden, Politik kein Kindersüßes ist, so bleibt den Leuten mit dem neuen Namen auch nichts geschenkt und nichts vergessen, was sie unter dem alten Namen gesündigt haben an Worten wie an Taten. Lieber Kröcher als Barth! Wir wollen den verbündeten Regierungen weder einen Grund noch Vorwand geben, uns auszuschalten! das sind so Worte, und das Reichsvereinsgesetz mit dem Sprachenparagraphen, die Bereitwilligkeit, bei der sogenannten Reichsfinanzreform von 1909 auch indirekte Steuern auf den Rücken der Massen zu wälzen, wie die zögernde Verzagtheit in der Frage des preußischen Wahlrechts, das sind so Taten, die an den Händen auch der neuen Partei kleben wie Pech und Teer und die alle Spezereien Arabiens und alle Wohlgerüche Indiens zu tilgen nicht imstande sind.

Aber wenn die Geschichte des deutschen Freisinns bis heute eine Geschichte der verpaßten Gelegenheit war, das Schicksal bot ihm doch immer von neuem Gelegenheiten an, und auch jetzt ist das Glück ihm über die Maßen günstig. Der preußische Wahlrechtskampf stellt den bürgerlichen Linksliberalismus noch einmal vor eine Schicksalswende. Führt er in diesem großen Kampf seine Waffen scharf und schonungslos und wirft er allen Kleinmut und alle rücksichtsvolle Scheu hinter sich, dann mag ihm der Spätherbst wohl noch manche Früchte bringen. Versagt er aber hier, dann hat er für alle Zukunft ausgespielt. Und leider sieht es nicht so aus, als seien ihm über Nacht die Klauen und die Zähne gewachsen, die ihm bisher gefehlt. Diesen Linksliberalismus, wo er sich wie in Frankfurt zur Entschiedenheit aufgerafft hat, in allen Ehren, aber was ist das für ein zweideutiges Spiel um den glorreichen Wahlrechtssonntag in Berlin! Als der Polizeipräsident mit dem Säbel rasselt, die ängstliche Mahnung an die Sozialdemokraten: Kinder, geht doch um Himmels willen nicht auf die Straße! Tut doch der Reaktion nicht den Gefallen, daß sie säbeln kann! Und als der Polizeipräsident nach dem Sonntag dastand, triefend von der Blamage, die ihm die Berliner Sozialdemokratie zugefügt, in derselben Presse Jubel und Zustimmung, Hosianna und Halleluja! Das imponiert wahrhaftig nicht. Jetzt säuseln keine Frühlingslüftchen, jetzt brausen Märzstürme, und da muß, wer das Ziel will, auch die Mittel wollen! Die Kapitel der Freiheitskämpfe pflegt oft die Weltgeschichte mit blutigem Griffel zu schreiben. Wer da sich unter Decken und Federn verkriecht, der ward gewogen und zu leicht befunden, und wer jetzt die laue und schwächliche Politik der Gironde treiben will, über den kommt der Konvent!

Das Gründungsbankett der Fortschrittlichen Volkspartei war ein Symbol. Draußen auf den Straßen unter dem leuchtenden Märzhimmel die wimmelnden Massen des Volkes, die roten Fahnen und die jubelnden Rufe auf das freie Wahlrecht — drinnen im Reichstag die Größen der Geeinten, in banger Erwartung auf die bestellte Kapelle des zweiten Garde-Regiments zu Fuß harrend. Doch die betreßten Musikanten kamen nicht, denn weil draußen das Volk von Berlin einen Marsch spielte, war alles Militär mit der Musik in den Kasernen konsigniert. Was lag näher, als daß die Herren von der Partei mit dem Namen Volkspartei aufgesprungen wären, hinaus in die Frühlingsluft, unter den freien Himmel, unter das Volk! Aber dazu fehlte der Atem: sie blieben sitzen!

Werden sie ewig sitzen bleiben?

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Aus dem Reichstage.

Am Donnerstag wurde im Reichstag die Generalpostdebatte fortgesetzt. Unter dem verknöcherten Bureaukraten Krätke, der zwischendurch zwar einmal irgendwo in der Südsee Inselstatthalter war, aber dem man seine tropisch-exotische Extratour in keiner Weise anmerkt, ist aus dem Postreiche alles verschwunden, was etwa noch aus Stephans besseren Tagen an Großzügigkeit übrig war; dagegen hat sich der kleinlich-herrische Autoritätsgeist, dem bereits der alternde Stephan bedenklich huldigte, in einer Weise breit gemacht, daß vielerorts die Postverwaltungen förmliche Filialen des Reichsverbandes sind. Unter Anführung zahlreicher Einzelfälle kennzeichnete Genosse Zubeil in trefflichen Ausführungen das System Krätke, das System des Drucks auf die mittleren und mehr noch auf die unteren Beamten. Als unser Fraktionsredner ein paar scharfe aber keineswegs unberechtigte Wendungen brauchte, spielte Präsident Graf Schwerin Löwitz gleich die Anstandstante; weit nachsichtiger war Vizepräses Spahn, der dem mecklenburgischen gelernten Junker Dröscher ungehindert ein paar dem Wortschatz des Fischmarktes entnommene Schmähungen gegen Zubeil ausstoßen ließ. Für Dröscher und seinesgleichen ist die Post ein Musterinstitut, so sehr, daß sie sogar die bescheidene nationalliberale Forderung auf Einsetzung eines Beirats, aus Vertretern der verschiedenen Erwerbsstände bestehend, ablehnen. Lorbeeren auf Krätkes Bureaukratenhaupt häuften auch die folgenden Redner, der Zentrumsmann Nacken, der Nationalliberale Beck und der Reichsparteiler Linz, ein redseliger schamhafter Mädchenschullehrer, Tugendwächter wie Roeren. Immerhin übte von den Genannten wenigstens Herr Nacken einige Kritik. Daß die Post nicht nur dem Reichsverband unter der Hand Liebesdienste erweist, sondern auch dem Hakatismus höchst willfährig ist, wurde vom Polen Seyda dargelegt. Krätke aber versuchte es in diesem Falle nicht einmal mit dem Ableugnungssystem, sondern bekannte sich mit schöner Unbefangenheit zum System Kattowitz, wofür er gleich vom Antisemiten Werner die verdiente Belobigung erhielt. Dann wurde die Generaldebatte geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung nagelte Genosse Scheidemann fest, daß die Oberpostdirektion Kassel unter Leitung des Geheimen Oberpostrats Hoffmann Werbearbeit für den Reichsverband treibt und gleichzeitig die „gottgegebene Abhängigkeit" ihrer Beamten bei den öffentlichen Kommunalwahlen zu Parteizwecken mißbraucht.

Zu der nationalliberalen Resolution auf Errichtung eines Beirats war von unserer Seite ein Zusatzantrag gestellt worden, des Inhalts, daß auch die Arbeiterschaft in diesem Beirat vertreten sein soll. Dieser Zusatz wurde angenommen, dann aber die gesamte Resolution abgelehnt, weil augenscheinlich Zentrum (in seiner übergroßen Mehrheit), Nationalliberale und Reichspartei an einen Beirat, in dem auch Arbeiter ihre Stimme erheben können, kein Interesse haben. Auf der Tagesordnung der Freitagsitzung steht die Spezialberatung des Postetats, vorher aber unsere Interpellation über die Mißhandlung des Reichsvereinsgesetzes durch das Dioskurenpaar Jagow-Moltke.

#### Der freisinnige Abgeordnete Gothein über die Berliner Polizei.

In der Berliner „Volkszeitung" (Nr. 114 vom 9. März) gibt Abg. Gothein seine Eindrücke über das Verhalten der Berliner Polizei bei der letzten Wahlrechtsdemonstration wieder. Er schreibt u. a.:

„Übereinstimmend wird bekundet, daß die Teilnehmer an der Demonstration, die sich auf einen Spaziergang im Tiergarten, im Singen von Liedern im Freien und in Hochrufen auf das Wahlrecht beschränkte, sich durchaus gesittet und wohlanständig benommen haben.

Leider kann man das von der Polizei nicht sagen. Ich selbst habe von dem Fenster meiner Wohnung in der Hindersinstraße beobachten müssen, wie sinnlos das Vorgehen der Schutzleute war. Die aus dem Tiergarten zurückkehrenden Menschenmengen wurden von berittenen Schutzmannschaften die Straße entlang nach der Spree zu gedrängt, derartig, daß mit den Pferden in die Menschenmengen hineingeritten wurde, daß zwei Pferde nebeneinander auf den schmalen Bürgersteig in die Menschenmassen eindrangen. Was damit bezweckt werden sollte, ist vollständig unerfindlich, denn an sich hätte die Polizei doch froh sein müssen, wenn auch durch so verkehrsarme Straßen die Leute nach ihren Behausungen zurückkehren. Wo die Polizei nicht eingriff, vollzog sich alles in größter Ordnung, und die Störung des Verkehrs beschränkte sich darauf, daß die Automobile und Droschken etwas langsamer fahren mußten, daß ihnen aber auf das Signal willig Platz gemacht wurde. Wo eine Störung des Verkehrs eintrat, hat die Polizei sie bewirkt, und in einer Form die geeignet ist, die Menschen zu erbittern. Man muß schon ein besonders ruhiges Gemüt sein, um sich nicht zu empören, wenn einem bei dem ruhigen Benutzen der Bürgersteige die Pferdehufe auf die Hacken treten, die Pferdeköpfe den Hut vom Kopfe werfen und man in der Benutzung des Weges ohne jeden Grund durch unvernünftige Maßregeln der Polizei gehemmt wird. Ich habe sehr ruhige süddeutsche Freunde vorgestern gesprochen, die erklärten, wenn die Polizei sich in Süddeutschland so benehmen würde, so würde jede Stadtverordnetenversammlung, jeder Gemeinderat sofort die „Abschaffung" der Polizei beschließen. Ich habe Mecklenburger gesprochen, die erklärten, schließlich seien die Zustände in dem verfassungslosen Obotritenland doch weit besser als in dem Verfassungsstaat Preußen, wo die Polizei sich derartiges erlaubt.

Schutz der Freiheit des Verkehrs auf der Straße gegen die Verkehrshemmungen der Polizei, das ist jetzt die dringend notwendige Forderung.

#### Es bleibt beim Wettrüsten.

Die nichtssagende Erklärung des deutschen Reichskanzlers über die Beziehungen zu England sind im Unterhause zur Sprache gebracht worden. Ein Londoner Telegramm berichtet:

Der Abgeordnete Byles fragte Mac Kenna, ob die Erklärung des Reichskanzlers in der Reichstagssitzung am 5. März bezüglich der englisch-deutschen Beziehungen das demnächst dem Parlament vorzulegende Flottenbudget in einschränkender Weise beeinflussen würde. Mac Kenna erwiderte: Der freundliche Ton der Rede des deutschen Reichskanzlers wird herzlich erwidert, aber ich muß darauf hinweisen, daß unseres Flottenbudgets nicht auf die Annahme basiert werden, daß andere Nationen beabsichtigen, uns gegenüber unfreundlich zu sein oder daß wir beabsichtigen, gegen sie unfreundlich zu sein. (Beifall.) Sie werden aufgestellt, um den Stand unserer Seemacht zu erhalten und hängen von den tatsächlichen Flottenausgaben anderer Mächte ab. Ich weiß nichts davon, daß irgendwelche

öffentliche Erklärungen deutscher Minister irgend eine Absicht angedeutet hätten, die gesetzlich festgelegten Ausgaben des deutschen Flottenprogramms abzuändern.

Der englische Marineminister erklärt also, daß die freundlichen Redewendungen völlig bedeutungslos sind, da ihnen keine Taten entsprechen. Die Engländer werden also weiter Dreadnoughts bauen, so lange die deutsche Regierung nicht endlich vom deutschen Volke zur Vernunft gezwungen wird und ernsthafte Verhandlungen einleitet, um sich mit England über eine beiderseitige Einschränkung der Flottenrüstungen zu verständigen. Daß die englische Regierung dazu bereit ist, hat sie oft genug zu erkennen gegeben.

### Die Mannesmann-Affäre in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte am Donnerstag die Beratung über die Mannesmann-Affäre fort. Abg. Eickhoff sprach sich dahin aus, daß die Ansprüche Mannesmann voll berechtigt seien, daß aber das Auswärtige Amt seine Interessen Frankreich gegenüber nicht genügend gewahrt habe. In noch schärferen Ausführungen äußerte sich der nationalliberale Abgeordnete Arning gegen das Auswärtige Amt. Es habe seine Schuldigkeit nicht getan, sondern sei gegenüber Frankreich immer zurückgewichen. Abg. Mugdan vertritt die Ansichten seines Parteifreundes Eickhoff. Auf Gerichtsgutachten gebe er nicht viel, jedenfalls stehe fest, daß die Ansprüche gegenüber Mannesmann zweifelhaft seien, welchen Umstand das Auswärtige Amt immer zu berücksichtigen gehabt habe. Wenn Gebrüder Mannesmann sich in ihren Rechtsansprüchen sicher fühlten, so könnten sie doch auf den Vorschlag eines unparteiischen Schiedsgerichtes, wie es geplant war, eingehen. Übrigens sei bei der ganzen Aktion viel „Mache"; denn das Eintreten mancher Blätter für Mannesmann bringe ihn auf den Gedanken, daß hier, wenn nicht der Rubel, so doch der Taler eine Rolle spiele. Genosse Scheidemann schließt sich den letzten Ausführungen an und glaubt, aus dem einheitlichen Teil der Verfügungen auf einen bestimmten Personenkreis schließen zu können. Redner teilt mit, daß der „Hannoversche Courier" die Nachricht bringe, daß er und sein Parteifreund Dr. Südekum vom Staatssekretär v. Schoen empfangen worden seien, und daß der Staatssekretär versucht habe, sie zu seinen Ansichten zu bekehren. Er habe demgegenüber zu erklären: Ich habe niemals außerhalb des Reichstages ein Wort mit dem Herrn Staatssekretär v. Schoen gewechselt, er hat mir auch niemals aus dem Weißbuch vorgelesen. Er hat auch nicht nötig gehabt, mich zu seinen Ansichten zu bekehren, denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Ansprüche der Gebrüder Mannesmann sehr zweifelhaft sind.

Eine vom Abg. Eickhoff eingebrachte Resolution, in der verlangt wird, daß die Regierung die Interessen Mannesmann kräftiger unterstützen solle, als bisher, wird vom Antragsteller zurückgezogen, nachdem Staatssekretär v. Schoen erklärt hatte, daß die Annahme dieser Resolution die Stellung der deutschen Regierung bei den Verhandlungen sehr schwächen würde. Er empfehle überhaupt, von der Fassung einer Resolution abzusehen. Dafür ist vom Abg. Liebermann v. Sonnenberg folgende Resolution eingegangen: Nachdem die Gebrüder Mannesman sich bereit erklärt haben, die bindende Verpflichtung zu übernehmen, daß das Marokkominensyndikat unter deutscher Führung bleibe und seine Aufträge der deutschen Regierung zukommen lasse, spricht die Budgetkommission die Erwartung aus, daß die Regierung aufs kräftigste die Bestrebungen unterstützen wird, die Bergwerkskonzession der Gebrüder Mannesmann zu sichern. — Eine Beschlußfassung erfolgte noch nicht.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

### Die Justizkommission des Reichstages

setzte in der Beratung vom Mittwoch ihre Verhandlungen bei den §§ 3 und 4 der Strafprozeßordnung fort. Zu § 3, der den Gerichtsstand für vorläufig Verhaftete festlegt, liegen u. a. Anträge von unseren Genossen und vom Zentrum vor. Der sozialdemokratische Antrag fordert, daß dann das Vorführungsgericht für zuständig zu betrachten sei, wenn weder der Gerichtsstand der begangenen Tat, noch der Gerichtsstand des Wohnsitzes des Festgenommenen zu ermitteln ist oder wenn sich der Verhaftete mit der Zuständigkeit des Gerichts einverstanden erklärt hat. Die Regierung wendet sich gegen die Abänderungsanträge. Die Abstimmung ergab, daß die Regierungsvorlage ersetzt wird durch den Antrag Gröber, wonach das Gericht zuständig ist, in dessen Bezirk der Festgenommene verhaftet wird. Zu § 4, der das Gericht, in dessen Bezirk der vorübergehende Aufenthaltsort des Angeklagten liegt, als zuständig vorsieht, liegen eine Reihe Abänderungsanträge, u. a. von den Sozialdemokraten, Zentrum und Nationalliberalen vor. Nach längerer, sehr eingehender Diskussion wird beschlossen, dem § 4 unter Ablehnung der Regierungsform folgende Fassung zu geben: Zuständig ist endlich das Gericht, in dessen Bezirk sich der Angeschuldigte zur Zeit der Erhebung der Klage vorübergehend aufhält, wenn der Angeschuldigte ausdrücklich eingewilligt hat. § 5 wurde ohne Diskussion angenommen.

### Aus der Geschäftsordnungskommission des Reichstags.

In der letzten Sitzung der Geschäftsordnungskommission zeigte es sich, daß an eine Erledigung des vom Plenum einmütig erteilten Auftrages vor den Osterferien nicht zu denken sei. Es wird der Reichstag im Mai sich vertagen, ohne auch diesmal die Rechtssphäre seiner Geschäftsordnung demokratisch erweitert zu haben. Das Zentrum läßt sich bereits, durch seinen auf allen Gebieten junkerfreundlichen Dr. Bitter beeinflußt, auf die abwiegelnde Taktik der Konservativen ein. Letztere benützen jede Gelegenheit, um verzögernde Reden zu halten. Dazu mußte jetzt auch die Tatsache beitragen, daß das neueste Fraktionsgebilde, die Fortschrittliche Volkspartei, in der Kommission nur durch ein Mitglied vertreten war, das nach seinen Reden stets in eine andere Kommission abwandeln mußte. Die Junker machen immer wieder den Versuch, gegen die Vereinbarung in eine generelle Revision der Geschäftsordnung einzutreten, insbesondere soll der § 35 in diesem Stadium der Beratung eine vollständige Ausarbeitung erhalten. Um die stilistische Merkwürdigkeit des Antrages v. Westarp zu § 35 stritt man sich lange, die lautet:

„Anträge von Erlaß auf Beschlüssen nicht bindenden Inhalts (Resolutionen), die zu der Beratung eines andern Gegenstandes der Tagesordnung namentlich eines Gesetzentwurfes oder einer Etatsposition, gestellt werden, kommen mit diesem, und zwar, sofern eine solche stattfindet, bei der zweiten oder dritten Beratung zur Verhandlung."

Nachdem Dr. Bitter und Graf v. Oppersdorf, zwei Zentrumsleute, dem Grafen v. Westarp mit Verschönerungspflästerchen zu Hilfe gekommen, letzterer wieder die Zentrumsfassung amendiert hatte, wurden diese vereinigten Werke der Rechten mit 16 gegen die Stimmen der 3 Sozialdemokraten, 3 Liberalen und des Freisinnigen angenommen.

### Sympathiekundgebung für den preußischen Wahlrechtskampf.

In der inneren Stadt Leipzig veranstalteten am 8. März die Parteigenossen eine imposante Kundgebung für den preußischen Wahlrechtskampf. Genosse Reichstagsabgeordneter Scheidemann-Solingen sprach vor einer Menge, die den Volkshaussaal bis auf den letzten Platz füllte. Die Versammlung war sich darin einig, daß der Kampf in Preußen ein Kampf des gesamten deutschen Proletariats ist. Sie erkannte unter großer Begeisterung die Notwendigkeit an, daß im ganzen Reich der Kampf gegen die Wahlrechtsvorlage mit aller Kraft und Beharrlichkeit geführt werden muß.

### Wahlrechts-Interpellation.

Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachte Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Polizeipräsident von Berlin für eine zum 6. März nach dem Treptower Park bei Berlin einzuberufenden öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel im Widerspruch zum § 7 des Vereinsgesetzes, der die Versagung der Genehmigung nur zuläßt, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist, die Genehmigung verweigert hat?

Welche Maßregeln gedenkt der Reichskanzler zu ergreifen, um derartige Beeinträchtigungen des Versammlungsrechts für die Zukunft zu verhüten?"

Als Redner wurden die Genossen Heine und Ledebour bestimmt.

### Über die preußische Wahlrechtsvorlage

haben am Donnerstag sämtliche Fraktionen des preußischen Landtages beraten, und auch die Kompromißverhandlungen sind den ganzen Tag fortgesetzt worden, wie bis spät nachmittags verlautete, jedoch ohne Ergebnis. Für die Kommissionsbeschlüsse würden also nach wie vor nur Konservative und Zentrum stimmen, sodaß bei voller Besetzung des Hauses diese mit 270 gegen 170 Stimmen angenommen würden.

### Freifahrtkarten für die Landtagsabgeordneten.

Die „Kölnische Volkszeitung" läßt sich aus Berlin telegraphieren:

„Die Freifahrtkarten für die Landtagsabgeordneten vom Wohnsitz nach Berlin und zurück dürften nunmehr gesichert sein. Das Staatsministerium beschäftigte sich damit in der heutigen Sitzung und genehmigte grundsätzlich die Bewilligung der Freifahrtkarten. Die Einführung soll auf dem Verwaltungswege erfolgen, sobald einige Bedenken und formelle Schwierigkeiten beseitigt sind."

Vor wenigen Tagen noch ist behauptet worden, daß die Genehmigung von Freifahrtkarten abgelehnt worden sei.

### Mehr als schwach!

Endlich, nach dreitägigem Harren, hat sich nun glücklich ein Mann in Berlin gefunden, der dem Verhalten der Polizei am Sonntag seinen Beifall spendet. Allerdings ist mit diesem Zeugen, dessen Name schamhaft verschwiegen wird, schon wegen dieser Anonymität kein Staat zu machen. Doch lassen wir dem Polizeipräsidium das Wort. Es verbreitet durch Vermittelung des offiziösen Telegraphenbureaus folgende Stilübung:

Dem Polizeipräsidenten ist folgendes Schreiben eines hochangesehenen Berliner Bürgers zugegangen:

„Wenngleich auch meine Gewerbebetriebe durch den gestrigen Sonntag Tausende Schaden (!!) erlitten haben, so sehe ich doch ein, daß das Vorgehen der Behörde gegen die radaulustige unreife Pöbelmasse unbedingt geboten war, um Eigentum und Besitz des ruhigen Bürgers zu schützen und den vernünftigen Kreisen der Arbeiter ein warnendes Beispiel zu geben.

Ich bitte um die Erlaubnis einliegende 300,— Mk. zur Verteilung an die gestern, in Erfüllung ihrer schweren Pflicht, verwundeten Beamten überreichen zu dürfen."

Der Polizeipräsident hat die Spende mit Dank für die Bedachten angenommen.

Mit Recht bemerkt hierzu die „Berl. Volksztg.": Es erübrigt sich, über die in dem Schreiben des „hochangesehenen Bügers" enthaltene unerhörte Verunglimpfung der Demonstranten, deren hochanständiges Benehmen von allen Seiten anerkannt worden ist, auch nur ein Wort zu verlieren; es genügt, sie niedriger zu hängen. Die Tatsache aber, daß der Polizeipräsident diese Zuschrift ohne Nennung des Namens veröffentlicht, beweist, wie unsicher er sich fühlt und wie hochgradig nervös er ist. Denn irgendeine Beweiskraft kann man in diesem haßerfüllten Geschimpfe nicht erblicken.

### Geschwindigkeit ist keine Hexerei.

In einem norddeutschen nationalliberalen Blatt wird ein charakteristisches Beispiel dafür angeführt, wie das Auswärtige Amt praktisch zu arbeiten versteht. Ein Geschäftsmann hatte um Angaben über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Neuseeland gebeten. 10 Tage später teilte ihm das Auswärtige Amt mit, daß er ausführliche Angaben über Neuseeland im Meyerschen großen Konversations-Lexikon finden könne. Der Herr hat auf diese Art der Information verzichtet und sich an das englische Auswärtige Amt gewandt, von wo er umgehend die gewünschte Auskunft erhielt.

Es ist doch gut, daß ein Konversations-Lexikon existiert, sonst wüßte man im Auswärtigen Amt von der Existenz Neuseelands vermutlich überhaupt nichts.

### 40 000 arbeitslose Tabakarbeiter!

Diese ungeheuerliche Ziffer schreibt nicht etwa irgend ein „sozialdemokratisch verseuchtes Blatt", sie steht in einer Veröffentlichung, die vom Verein deutscher Tabakfabrikanten und Händler kommt. Was er über die Lage im Tabakgewerbe schreibt, erscheint geradezu trostlos. So wird darauf hingewiesen, daß die wirkliche Krise für die Tabakindustrie erst mit Beginn des Jahres 1910 mit elementarer Wucht eingesetzt habe. Trotz der riesigen Arbeitslosenziffer seien die enormen Zigarrenvorräte bei den Fabrikanten immer noch im Steigen begriffen. „Es sind weitere Einschränkungen in der Tabakindustrie zu erwarten. „Im Rohtabakhandel ist, soweit nicht ganz billiges Material in Frage kommt, ebenfalls ein totaler Stillstand eingetreten. Die beiden ersten Monate des Jahres 1910 zeigen somit die Lage der gesamten Tabakindustrie in einer äußerst deprimierten Verfassung, und da im allgemeinen die wirtschaftlichen Verhältnisse darniederliegen und auch der Zigarrenhandel zum Teil über bedeutende Lager verfügt, so wird mit einem wenn auch nur ganz geringem Aufschwunge in diesem Jahre kaum zu rechnen sein." Wenn diese Mitteilung auch von einer Produzentenorganisation kommt und deshalb immer mit einer gewissen Vorsicht aufgenommen werden muß, die Ziffer der Arbeitslosen läßt sich nicht willkürlich verändern. Sie besteht und bedeutet in ihrer Größe eine gewaltige Summe proletarischen Elends, die auch nicht durch die lumpigen vier Millionen der Krüppel schlagenden und diese dann unterstützenden Regierung verringert werden kann. Überdies ist ja die ganze Unterstützungseinrichtung nur gemacht worden, um dem Zentrum vor den Massen einige Deckung zu gewähren.

### Wahlrechtswünsche der Scharfmacher.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" verlangt von den Nationalliberalen kategorisch, daß sie schleunigst mit den Konservativen gemeinsame Sache machen sollen, damit in der Frage der Neugestaltung des Wahlrechts in Preußen die Wünsche der Industrie zur Geltung kommen. Die Scharfmacher verlangen Drittelung durch die Gemeinden und Beseitigung der Maximierung. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" bemerkt dazu:

„Gerade diese beiden Forderungen aber muß die Industrie des Westens unbedingt durchzusetzen suchen, wenn sie nicht zu politischer Ohnmacht verdammt werden will. Wir Industriellen können und müssen von den Nationalliberalen fordern, daß sie jetzt im Plenum des Abgeordnetenhauses endlich einmal praktische Politik treiben, um uns diese beiden letzten Bollwerke unseres politischen Einflusses zu sichern.

## Österreich-Ungarn.

**Karl Lueger †.** Nach wochenlangem schweren Ringen mit dem Tode ist der Wiener Bürgermeister Karl Lueger nunmehr dahingegangen. Als Sohn eines armen Schuldieners war er am 24. Oktober 1844 in Wien geboren, als Inhaber des höchsten Amtes, das die österreichische Reichshauptstadt zu vergeben hat, ist er aus dem Leben geschieden. Mögen ihn andere als den „ungekrönten König von Wien", als eine „glänzende und geniale Persönlichkeit" feiern, für die nüchternen und vorurteilslosen Beurteiler der Dinge bleibt er der skrupellose Demagoge, der rücksichtslose Agitator, der seine Überzeugung womöglich schneller gewechselt hat als sein Hemde, wenn er damit eher an sein Ziel zu gelangen hoffte. Der junge Wiener Advokat Lueger war zuerst ein begeisterter Anhänger der Liberalen. Als er sah, daß sich diese auf dem absteigenden Ast befanden, warf er sich mit glühendem Enthusiasmus der demokratischen Bewegung in die Arme. Als es auch hier für ihn nichts zu holen gab, wurde er ein fanatischer Deutschnationaler und überbot womöglich Herrn v. Schönerer im „Heil"-Rufen. Aber auch hier ergab sich für ihn keine Möglichkeit zum Aufsteigen, und so wurde er — in seiner Weise — der Anwalt des „kleinen Mannes" in Wien. Er wurde mit einem Male sehr fromm und ein „überzeugter" Klerikaler. Lange hat er kämpfen müssen, ehe er das Ziel seines Ehrgeizes, Bürgermeister von Wien zu werden, erreichen konnte. Mehrere Male hat der Kaiser seine Wahl zum Bürgermeister nicht bestätigt, endlich gab Franz Josef II. seinen Widerstand gegen das immer ungestümer werdende Drängen der männlichen und weiblichen Betschwestern auf, die in Wien zur Herrschaft gelangt waren, und die in dem „schönen Karl" ihren Abgott erblickten. Um die Klerikalen und mit ihnen sich selbst an der Herrschaft zu erhalten, hat Herr Lueger zum Besten der klerikalen Geschäftsinteressen manches Reformwerk vollbracht, für das er sich dann überschwenglich feiern ließ. Er hat aber eine Korruption großgezogen, die viel schlimmer ist, als es je die liberale Korruption gewesen ist, gegen die er einst als „Volkstribun" losgezogen war. Wenn sich heute so viele christlich-soziale Nullen auf einflußreichen Posten in der Wiener Verwaltung und zum Teil in wichtigen Staatsämtern befinden, so ist das in erster Reihe Luegers Werk. In späteren Jahren wird mancher Wiener, der heute noch begeistert das „Werk Luegers" preist, das die Stadt Wien in eine ungeheure Schuldenlast gestürzt hat, wohl etwas nachdenklicher gestimmt werden, wenn die Saat völlig aufgegangen sein wird, die der skrupellose „Volkstribun" gesät hat. Es gehört nicht viel dazu, verschwenderisch zu wirtschaften, wenn man die Bezahlung mittels einer uferlosen Anleihewirtschaft den kommenden Generationen aufhalst! Der Sohn des armen Schuldieners, der als der erste Mann Wiens die Augen geschlossen hat, hat es sicherlich sehr weit gebracht. Niemand darf sich aber verhehlen, daß er nur deswegen so hoch emporsteigen konnte, weil er die Überzeugungstreue stets als überflüssigen Ballast angesehen hat, der der Karriere eines Mannes nur hinderlich sein könne. „Er war ein Talent, aber kein Charakter!" Dieser Satz kennzeichnet so treffend die Persönlichkeit Karl Luegers, als wenn er eigens für diesen Mann geprägt worden wäre.

## Rußland.

**Eine Märtyrerin des Freiheitskampfes.** Nach einer Depesche hat der Appellhof in Petersburg Frau

Breschko Breschkowskaja zur Deportation nach Sibirien verurteilt. Frau Breschkowskaja genoß in den Kreisen der Revolutionäre die höchste Verehrung und führte dort den Namen „Großmütterchen der Revolution". Noch als Greisin von siebzig Jahren war sie die treue Beraterin und Helferin der jüngeren Genossen. Sie verstand es wie keine andere, jedem Revolutionär Haß gegen die Machthaber in die Seele zu träufeln. Ihr Verhalten vor Gericht entsprach ihrer bisherigen Vergangenheit. Nicht wie eine Angeklagte, sondern aufgerichtet, mit blitzenden Augen, als wenn sie nie eine Schuld auf ihr Gewissen geladen hätte, trat sie den Richtern entgegen. Seit zwei Jahren befand sich Frau Breschkowskaja in Untersuchungshaft, nachdem sie in Saratow festgenommen worden, während sie dort revolutionäre Propaganda trieb. Der Prozeß wurde hinter verschlossenen Türen geführt, so daß man Einzelheiten über die Anklage gegen die Greisin bis jetzt nicht kennt.

# Aus Lübeck und Nachbargebieten.

**Freitag,** den 11. März.

**Bebel-Bücher und Vortragsliteratur.** Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die bestellten Exemplare von August Bebel „Aus meinem Leben", sowie die aus Anlaß des Rühle-Kurses bestellten Bücher und Broschüren eingegangen sind, und in den Stunden von 9½ Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 5½ bis 8 Uhr abends im Parteisekretariat Johannisstraße 50 in Empfang genommen werden können.

**Warnung.** In den verschiedensten Zeitungen, namentlich in der „General-Anzeiger"-Presse, erscheinen häufig Inserate, in denen „lohnender Nebenverdienst", „sichere Existenz" und dergleichen versprochen werden. Geht man der Sache dann auf den Grund, so beabsichtigen gewöhnlich nicht die Leute, die derartige Annoncen in die Blätter bringen, ihren Mitmenschen zur Gründung einer Existenz behilflich zu sein, sondern sie wollen nur ihre eigene Tasche füllen. Dafür liegen zahlreiche Beweise vor. Wo nun solches auch nicht von vornherein genau nachzuweisen ist, dürfte doch Vorsicht sehr am Platze sein. Vor einigen Tagen erschien beispielsweise im hiesigen „General-Anzeiger" ein Inserat unter der Überschrift „Neuer Beruf". In demselben wurde gesagt, daß zuverlässige Leute einen erheblichen Verdienst erzielen könnten. Offerten waren an die Annoncen-Expedition von Haasenstein u. Vogler zu senden. Als darauf ein hiesiger Einwohner eine Offerte einsandte, erhielt er bald aus Roosendaal in den Niederlanden eine Sendung von Druckschriften, in denen eine dortige angebliche chemische Fabrik ein Präparat zur Erzeugung helleren Petroleumlichtes anpreist und verlangt, daß man ihr für einen Karton solcher Erzeugnisse, die der Empfänger weiter vertreiben soll, 22 Mk. einsendet. Soviel ist nun sicher: derjenige, der 22 Mk. einsendet, ist diese los. Ob er jenes Präparat — vorausgesetzt, daß er es tatsächlich zugesandt erhält — auch absetzt, ist eine ganz andere große Frage. Und weiter ist die Frage, ob er damit etwas verdienen kann. Jedenfalls möchten wir jedermann warnen, auf derartige niederländische Angebote einzugehen. Er wird dadurch zu keinem neuen Berufe, sondern schließlich nur noch um seine letzten Groschen kommen.

**Die öffentliche Hausangestellten-Versammlung,** welche gestern im Gewerkschaftshause stattfand, erfreute sich eines guten Besuches. Genosse Mehrlein referierte über das Thema: „Warum sind die Dienstboten unter anderem Rechte wie die übrigen Arbeiter." Seine Ausführungen, die sich eingehend mit der historischen Entwicklung der Gesindeordnungen, der Gewerbeordnung, Krankenversicherung usw. beschäftigten, fanden allgemeinen Beifall. Nach kurzer Diskussion, die in zustimmendem Sinne des Referats stattfand, wurde beschlossen, eine Petition an den Reichstag zu senden, deren Inhalt in nachstehender Resolution zusammengefaßt ist:

Die am 10. März 1910 in Lübeck im Gewerkschaftshause tagende Versammlung von Hausangestellten erkennt, daß die Gesindeordnung und alle übrigen Ausnahmegesetze, die heute noch für die Hausangestellten bestehen, dem Fortschritt und der Kultur der gegenwärtigen Zeit nicht mehr entsprechen.

Das Fehlen jedweder geregelten Arbeitsbedingungen, der Zwang, zeitlebens ein Dienstbuch aufweisen zu müssen, um Arbeit zu bekommen, das Wohnen im Hause der Dienstherrschaft, oftmals mangelhafte Kost und ungehörige Behandlung und damit Unterdrückung der persönlichen Freiheit empfinden wir als eine tiefe Schmach und als Entwürdigung.

Wir fordern deshalb vom hohen Reichstag:

1. Abschaffung der Gesindeordnungen und Dienstbücher;
2. Die rechtliche Gleichstellung der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen;
3. Unterstellung der Hausangestellten unter die Gewerbeordnung und Gewerbegerichte, in der Art, daß die §§ 135 bis 139 Titel VII in sinngemäßer Weise auf die Hausangestellten ausgedehnt werden, insbesondere in bezug auf: begrenzte Arbeitszeit, Einrichtung von Ruhepausen, beschränkte Sonntagsarbeit und einen halben freien Tag in der Woche
4. Errichtung von Fach- und Fortbildungsschulen;
5. Verbot der privaten Stellenvermittlung und Errichtung von kostenlosen paritätischen Arbeitsnachweisen.
6. Ausdehnung aller Versicherungsgesetze auf die Hausangestellten.

**Wahlen zur Ortskrankenkasse.** Sonntag, den 13. ds. Mts., finden in dem Geschäftslokale der Ortskrankenkasse, Mengstraße 28, die Wahlen der Vertreter zur Generalversammlung statt. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sind dem öffentlichen Ersuchen der Kasse gefolgt und haben für die Wahl geeignete Personen vorgeschlagen, welche Vorschläge bei der Aufstellung der Listen Berücksichtigung gefunden haben. Damit allein ist es aber nicht getan. Es wird auch eine rege Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Wahlhandlung stattfinden müssen. Zu diesem Zwecke wollen wir nochmals auf die kommenden Sonntag stattfindenden Wahlhandlungen hinweisen.

**Öffentliche Trinkerfürsorgestelle.** Man schreibt uns: Die öffentliche Trinkerfürsorgestelle war am 1. März ein Vierteljahr in Tätigkeit. In dieser Zeit wurden ihr 29 trunksüchtige Personen namhaft gemacht, 28 Männer und eine Frau; 10 davon waren zwischen 30 und 40 Jahren alt, 11 zwischen 40 und 50, 3 unter 30 und 5 über 50. Die Meldung erfolgte in 8 Fällen durch die Ehefrau, in je 5 Fällen durch die Trinker selber und durch die Rechtsauskunftsstelle, in 3 durch sonstige Familienangehörige und in 3 durch Bekannte, Hausgenossen usw. Die meisten Sachen sind noch in Bearbeitung, bei der kurzen Zeit kann das auch garnicht anders sein; dennoch sind schon einige Erfolge zu verzeichnen. 2 Trinker wurden durch Vermittlung der Fürsorgestelle der Trinkerheilanstalt Salem zur Kur überwiesen, 4 zum Eintritt in einen der hiesigen Vereine zur Bekämpfung des Alkoholismus veranlaßt. In 4 weiteren Fällen, in denen die Trunksüchtigen sich nicht fügen wollten, ward im Interesse ihrer Angehörigen und in ihrem eigenen Interesse das Entmündigungsverfahren eingeleitet; 2 Trinker sind infolgedessen bereits entmündigt, während bei den beiden anderen das Verfahren noch schwebt. Die Zahl der bei der Trinkerfürsorgestelle gemachten Besuche betrug im Dezember 9, im Januar 19 und im Februar 43, also im ersten Vierteljahr zusammen 71.

**Aus dem Gerichtssaal.** Zwei ostpreußische Arbeiter, die auf dem Hochofenwerk beschäftigt sind, waren eines Tages derart von Liebessehnsucht befallen, daß sie, trotzdem Unbefugten durch Anschlag das Betreten des Grundstücks verboten ist, in eine von Räuchereiarbeiterinnen bewohnte Kaserne in Schlutup eindrangen, um hier ein wenig zu plaudern. Dem Gebot eines jungen Mädchens, sich zu entfernen, leisteten sie keine Folge. Sie wurden schließlich festgenommen und sollen nun wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs je eine Woche brummen. Die beiden Verurteilten konnten es nicht verstehen, daß sie dieser Lappalie wegen ins Gefängnis wandern sollen. Selbst dem Vorsitzenden schien dieses Urteil, auf das als Mindeststrafe erkannt werden mußte, zu hart zu sein, denn er verwies die beiden Sünder auf den Gnadenweg. — Ein anderer junger Mann hatte sich desselben Deliktes schuldig gemacht und mußte nun am 26. Januar eine polizeiliche Vernehmung bestehen. Nach derselben stattete er wohlgemut seinem Mädchen in der Kaserne abermals einen Besuch ab. Aber auch er wurde wieder erwischt. Insgesamt soll er nun 10 Tage im Gefängnis darüber nachdenken, daß auch die Liebe manchmal nicht ungestraft genossen werden darf. — Ein Mädchen war auch die Veranlassung des dritten Falles, der gestern das Schöffengericht beschäftigte. Der Arbeiter H. war einem Freunde vom Hochofenwerk, dem ein anderer seine Liebste abspenstig gemacht hatte, zu Hilfe gekommen und hatte in Gemeinschafft mit mehreren Leuten den glücklichen Nebenbuhler vertobackt. Hierbei bediente er sich jedoch eines Hausschlüssels und verletzte damit seinen Gegner schwer. Da er bereits mehrfach wegen schwerer Körperverletzung vorbestraft ist, soll er nun auf 9 Monate das Erholungsheim auf dem Lauerhofer Feld beziehen. — Weil er seiner eigenen Mutter eine Kommode stahl und dieselbe für 8 Mk. an einen Trödler verkaufte, soll der Händler H. einen Monat ins Gefängnis wandern. — Der Chauffeur R. soll infolge zu schnellen Fahrens in der Mühlenstraße eine Droschke derart angefahren haben, daß der Kutscher derselben auf das Straßenpflaster flog und nicht unerhebliche Verletzungen davontrug. Da R. schon mehrfach wegen zu schnellen Fahrens bestraft ist, glaubte das Gericht auf eine zweimonatige Gefängnisstrafe erkennen zu müssen.

**Güterrechtsregister.** Am 9. März 1910 ist bezüglich der Ehe des Kaufmannes K. W. Merkisch mit L. B. geborenen Knaeb, verwitweten Merkisch in Lübeck eingetragen: Die Ehegatten haben durch Vertrag vom 21. Februar 1910 die Verwaltung und Nutznießung des Mannes an dem Vermögen der Frau ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

pb. **Fahrraddiebstahl.** In der Nacht vom 10. zum 11. d. Mts. in der Zeit vom 2—4½ Uhr ist aus einem verschlossenen Hause Ziegelstraße Nr. 10 ein fast neues Fahrrad Marke „Tornado" abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen, braunen Sattel, neue Karbidlaterne und war mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 2230 versehen.

**Hansa-Theater.** Die nur noch kurze Zeit auftretende Künstlerschar findet allabendlich den lebhaften Beifall des Publikums. Bemerkt sei noch, daß die Vorzugskarten, welche für diesen Spielplan ausgegeben sind, auch Sonntags gültig sind.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen Sonnabend gelangt bei kleinen Preisen Gustav Freytags Lustspiel „Die Journalisten" zur nochmaligen Aufführung, den Konrad Bolz spielt Herr Holstein. — Am Sonntag geht zum ersten Male die Operette „Der Graf von Luxemburg" von Lehar in sorgfältiger Einstudierung in Szene. — Für Montag steht ein ganz besonderer Kunstgenuß bevor, und zwar ein einmaliges Gastspiel von Frau Ottilie Metzger vom Stadttheater in Hamburg als „Carmen" in Bizets gleichnamiger großer Oper.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Am Sonntag abend 7½ Uhr kommt, vielseitigen Wünschen entsprechend, das erfolgreiche Lustspiel „Die Liebe wacht" von Caillavet und de Flers zur nochmaligen Aufführung.

**Wahl.** Von der Gemeindeversammlung in Rückniß ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Einviertelhufners Krellenberg der Prokurist O. P. E. Miska zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt und obrigkeitlich bestätigt worden.

**Hamburg.** Vom Schlachtfeld der Arbeit. Zwei tödliche Unfälle haben sich innerhalb 24 Stunden im Hafenbetrieb ereignet. Auf der Reiherstieg Schiffswerft stürzte der Arbeiter C. Medro von einer Leiter, erlitt eine schwere Kopfverletzung sowie einen Halswirbelbruch und wurde ins Hafenkrankenhaus transportiert, wo er bald nach der Einlieferung verstarb. — Ebenfalls dort verstorben ist der Schauermann F. Andres. Genannter war am Mittwoch nachmittag an Bord des Dampfers „Azikarei" auf dem Oberdeck beschäftigt, wurde von einer Hieve Harzfässer erfaßt und in eine, längsseits des Dampfers liegende Schute geschleudert. Durch den zirka 30 Fuß tiefen Sturz erlitt A. einen Beckenbruch und Zerreißung der Oberschenkelsehnen. Diese schweren Verletzungen haben seinen Tod herbeigeführt. — Todessturz. Der Heizer William Walmer, der auf dem englischen Dampfer „Rhineland" bedienstet war, wurde beim Aschehieven von einem Aschekübel getroffen und in den Maschinenraum hinabgestoßen, wo er auf den Flurplatten tot liegen blieb. Der Mann hatte das Rückgrat gebrochen.

**Kiel.** Eine Tatarennachricht von der Reichswerft. Am Dienstag vormittag wurde den Arbeitern der kaiserl. Werft Kiel die gänzlich unerwartete Nachricht, daß, wegen mangelnder Beschäftigung, 600 Mann demnächst entlassen werden sollen. Es sei das darauf zurückzuführen, so hieß es, daß, einer Eingabe der Arbeiter der Wilhelmshavener Werft auf Zuwendung größerer Arbeiten entsprechend, an die dortige Werft die Instandsetzung der vier von der Auslandsreise heimgekehrten Schulschiffe überwiesen worden sei. Noch an demselben nachmittag wurde der Arbeiterausschuß der Kieler Werft bei der Direktion vorstellig und ersuchte um Zurücknahme der allgemeine Erregung herbeiführenden Maßnahme. Es gelang jedoch lediglich, zu erreichen, daß, um die Verheirateten mit der Entlassung möglichst zu verschonen, die Unverheirateten durch Werftaushang aufgefordert werden sollen, freiwillig ihren Abschied zu nehmen. — Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich am Mittwoch eine Werftarbeiterversammlung. Es wurde bestritten, daß es notwendig sei, Arbeiter in größerer Zahl zu entlassen, da doch Überstunden gemacht würden, neue Meister werden ernannt und Angehörige der gelben Organisation in großer Zahl angestellt. Jedenfalls soll die angekündigte Maßnahme die Antwort sein auf die im Herbst eingereichte Eingabe der Arbeiter um Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Versammlung beschloß, die nachfolgende Resolution durch den Arbeiterausschuß dem Oberwerftdirektor v. Usedom zu übermitteln, damit dieser sie an das Reichsmarineamt weitergeben könne:

„Die am 10. März im „Kaisersaal" tagende öffentliche Versammlung der Arbeiter der kaiserlichen Werft nimmt mit Bedauern Kenntnis von der geplanten Entlassung mehrerer hundert Arbeiter. Da aus dem Bericht des Arbeiterausschusses hervorgeht, daß in Anbetracht der finanziellen Verhältnisse des Deutschen Reiches an Aufträge von seiten des Reichsmarineamts nicht zu denken ist und angesichts der wirtschaftlichen Krise, glaubt die Versammlung, um einer noch größeren Arbeitslosigkeit vorzubeugen, daß eine Herabminderung der Arbeitszeit um eine Stunde wohl angebracht wäre. Sollten trotzdem Entlassungen vorgenommen werden, so erwartet die Versammlung, daß diese, wie der Oberwerftdirektor dem Ausschuß gegenüber erklärt hat, ohne Ansehen der Person, aber mit Rücksicht auf die Familie vorgenommen werden. Zum Schluß erwartet die Versammlung angesichts der ganzen Verhältnisse, daß das Überarbeiten so viel wie möglich, wenn nicht ganz, in den einzelnen Betrieben eingestellt wird und daß eine andere Arbeitsteilung vorgenommen wird."

**Sommerstedt.** Großfeuer. Mittwoch morgen ist der Besitz des Hufners Herm. Eggers in Mölby (Schleswig) vollständig niedergebrannt. Zwei oder drei Kühe, mehrere Schweine und sämtliches Ingut sind mitverbrannt. Das Feuer, das um 6½ Uhr entstand, rührt vermutlich von einem schadhaften Schornstein her.

**Bremen.** Neue Gewaltstreiche der bremischen Schulbehörde. Man schreibt uns: Das Bebeltelegramm der bremischen Volksschullehrer hat der Behörde anscheinend alle Besinnung geraubt. Wie bereits mitgeteilt, hatte sie eifrige Nachforschungen angestellt nach den am Bebeltelegramm beteiligten Lehrern. Sie glaubte 35 Personen ausfindig gemacht zu haben. Gegen diese wurde die Voruntersuchung mit dem Ziel der Dienstentlassung mit aller Intensivität eingeleitet. Jetzt ist die Behörde in ihrer sinnlosen Raserei bereits zur Entlassung eines auf vierteljährliche Kündigung angestellten Hilfslehrers geschritten. Gegen zwei weitere, längere Zeit angestellte Lehrer wurde das Disziplinarverfahren zum Zweck der Dienstentlassung angestrengt. Beide sind bis zum Abschluß des Verfahrens unter Vorzahlung des halben Gehalts zu suspendieren. Der eine der Suspendierten ist der Verfasser des jüngst im „Vorwärts"-Verlag erschienenen Buches „Eine Reise nach Island" und der ebenfalls vom „Vorwärts"-Verlag herausgegebenen Jugendschrift „Uhlenbrook", Emil Sonnemann. Gegen zwei weitere Lehrer schwebt noch die Voruntersuchung. Die Behörde bemüht sich mit allen Kräften, noch mehr Lehrern den Strick um den Hals zu legen. Das Bremer Amtsblatt sagt zu dieser Angelegenheit:

„Es ist anzunehmen, daß gegen die Lehrer, die als bewußte Teilnehmer an der Absendung des Bebel-Telegramms im ganzen Umfang anzusehen sind, mit aller Entschiedenheit vorgegangen, im übrigen aber geprüft werden wird, inwieweit jeder einzelne mehr oder weniger aktiv bei der Sache beteiligt gewesen ist."

Einigen der verfolgten Lehrer ist die Anklageschrift der Behörde zugegangen. Es wird darin ausgeführt, daß am 21. Februar aus Anlaß der Dienstentlassung Holzmeyers eine Versammlung (in Wirklichkeit war es ein zufälliges Zusammentreffen einer Anzahl Lehrer) stattgefunden habe. Dann wird u. a. ausgeführt: Im Laufe dieser Versammlung wurde von dem Lehrer Emil Christian Sonnemann auch ein Hoch auf die Partei ausgebracht, „welche die Forderungen der Lehrer unterstützt", womit die sozialdemokratische Partei gemeint war. Ferner wurde angeregt, dem Führer der Partei A. Bebel zu seinem 70. Geburtstage ein Glückwunschtelegramm zu senden. Zur Deckung der Kosten fand eine Tellersammlung statt, an der sich die Anwesenden beteiligten . . . . In dem Telegramm wird der wegen schwerer Verletzung der Beamtenpflichten seines Dienstes enthobene bisherige Lehrer Holzmeyer als Genosse bezeichnet, und es wendet sich unter ausdrücklicher Hervorhebung dieser Dienstentlassung als Anlaß der Zusammenkunft an den Führer des Proletariats mit dem Wunsche, daß ihm noch ein recht langes Wirken im Dienste des Klassenkampfes beschieden sein möge. In diesem Vorgehen ist eine bewußte Demonstration gegen die durch das Einschreiten der Unterrichtsverwaltung als vorgesetzter Behörde herbeigeführte Entscheidung des erkennenden Disziplinargerichts zu finden, die sich als unverkennbare und gewollte Demonstration gegen die dienstliche und staatliche Ordnung darstellt. Außerdem wird damit in einer mit der Stellung eines Lehrers und Beamten unvereinbaren Weise die Solidarität mit den Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei sowie ihres in dem Telegramm gefeierten Leiters bekundet und betätigt. . . . In welchem Maße die einzelnen Teilnehmer der Versammlung bei der Anregung, Entwerfung, Bezahlung, Absendung und Veröffentlichung des Telegramms mitgewirkt haben, wird noch näher festzustellen sein. Die Lehrer Emil Christian Sonnemann und Wilhelm Henrich Ostersehlte, die nach den bisherigen Ermittelungen anwesend gewesen sind, haben jede nähere Auskunft abgelehnt. Es kann danach bis auf weiteres nur davon ausgegangen werden, daß sie in einer, mit ihrer Beamtenstellung nicht zu vereinbarenden Weise bei dem Telegramm und den damit in Verbindung stehenden Maßnahmen mit tätig gewesen sind, weshalb nicht nur die Eröffnung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen sie, sondern auch eine vorläufige Dienstenthebung geboten ist. . . . . Was endlich den Hilfslehrer Heinrich Friedrich Christian Döring (vorbestraft auf Grund des Senatsbeschlusses vom 7. Sept. 1909 mit der Strafe des Verweises und einer Geldstrafe von 25 Mk.) anbetrifft, so treffen die obigen Ausführungen wegen der Lehrer Sonnemann u. Ostersehlte auch für diesen zu. Da er indes noch unter Vorbehalt der Kündigung eingestellt, bedarf es ihm gegenüber der Durchführung des Disziplinarverfahrens nicht, vielmehr ist sofort von dem dem Staate zustehenden Kündigungsrecht Gebrauch zu machen. Außerdem aber, da eine vorläufige Dienstenthebung nicht in Frage kommt, ist die sofortige Einstellung seiner dienstlichen Tätigkeit herbeizuführen. Im übrigen bleibt weitere Beschlußfassung, namentlich bleiben Disziplinarmaßnahmen gegen sonstige Beteiligte vorbehalten."

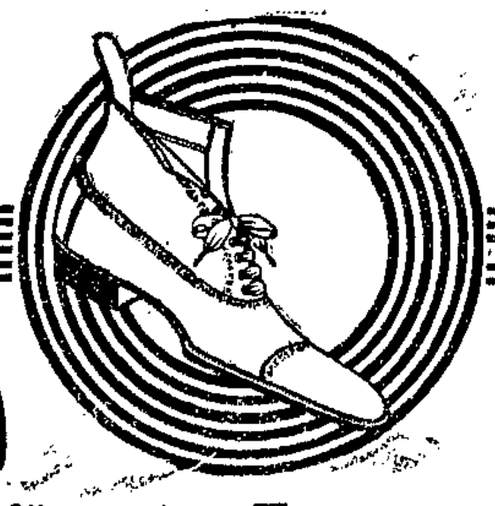
In Bremen sind bekanntlich auch die sogenannten Liberalen maßgebend. Diese scheinen aber gar kein Empfinden dafür zu haben, daß sie sich durch diese unerhörte Lehrermaßregelung mit unauslöschlicher Schmach bedecken. Denn sonst könnten liberale Preßorgane nicht über das Vorgehen der Schulbehörde frohlocken, durch welches man Lehrer auf das Straßenpflaster wirft, weil sie von den ihnen zweifellos zustehenden Staatsbürgerrechten nach ihrem eigenen Ermessen Gebrauch machen.

**Grohn** bei Bremen. Gemeindewahlsieg. Bei der am Mittwoch hier stattgefundenen Gemeinderatswahl (3. Klasse) haben die beiden sozialdemokratischen Kandidaten, Genosse H. Beil und A. Pape, mit 92 gegen 72 bürgerliche Stimmen gesiegt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Unserer heutigen Auflage** liegt ein Prospekt der Firma Schelm u. Wege, Mengstraße 10, bei.

# Schuhwaren



Bewährte solide Fabrikate, weitgehendste Garantie für gutes Tragen.

## Herren-Stiefel

**Herren-Stiefel** Rindbox-, Schnür-, Zug- u. Schnallenstiefel, moderne Formen in breit und schlank, vorzüglich im Tragen . Paar **7.25**

**Herren-Stiefel** Boxkalf-Schnür-, Zug- und Schnallenstiefel, amerik. u. schlanke Form., Ross-Chevr.-Schnürstiefel m. Lackk. Paar **8.50**

**Herren-Stiefel** Chevreau- und Boxkalf-Schnürstiefel in modernen amerikanischen Formen, mit u. ohne Lackkappe . . Paar **10.50**

**Herren-Stiefel** Goodyear-Welt, Boxkalf u. Chevreau, Schnür-, Zug- und Schnallenstiefel, neueste Formen . . . . . Paar **12.50**

## Damen-Stiefel

**Damen-Stiefel** Rindbox - Schnürstiefel in modernen Formen mit geschweiften Absätzen, vorzüglich im Tragen . . . . Paar **5.90**

**Damen-Stiefel** Boxkalf- und Chevrolin-Schnürstiefel in neuen amerikan. Formen, mit und ohne Lackkappe . . . . . Paar **7.25**

**Damen-Stiefel** Chevreau und Boxkalf, elegante mod. Formen, mit u. ohne Lackkappe, geschweifte und amerikan. Absätze . Paar **8.50**

**Damen-Stiefel** Goodyear-Welt, Chevreau und Boxkalf, elegante Formen mit u. ohne Derbyschnitt, mit Lackkappe . . . . Paar **12.50**

## Kinder-Stiefel

**Kinder-Stiefel** Rossleder genagelt **3.10**
Grösse 36—40 **4.90** Grösse 31—35 **3.75** Grösse 27—30

**Kinder-Stiefel** Rindbox, breite Form **3.90**
Grösse 31—35 **5.60** Grösse 27—30 **4.90** Grösse 25—26

**Knaben-Stiefel** Rindbox-Schnürstiefel, vorzüglich im Tragen, empfehlenswert für Konfirmanden, Grösse 36—40 . . . . Paar **6.50**

**Knaben-Stiefel** Boxkalf-Schnürstiefel, mod. Form, empfehlenswert für Konfirmanden, Grösse 36—40 . . . . . Paar **7.25**

# Rudolph Karstadt

## Lübeck.

---

# Albert Meincke

**Lübeck, obere Aegidienstraße 15. Fernruf 1771.**

Für die Konfirmation:

## Konfirmanden-Anzüge

in allen Preislagen, sehr billig.

**Konfirmanden-Hüte Konfirmanden-Hemden Wäsche u. Krawatten.**

**Schwarze und farbige Jacketts**
à 5 Mk. bis 20 Mk., alle Größen.

**Weisse Stickerei- und Piquéröcke**

**Glacéhandschuhe** 1.20 Mk. bis 3.00 Mk. — **Stoffhandschuhe** 25 Pfg. bis 1.50 Mk.

**Korsetts, Leibwäsche, Taschentücher**
**Kostümröcke und Blusen.**

**Schwarze Kleiderstoffe** in riesiger Auswahl preiswert.
**Farbige Kleiderstoffe** in den neuesten Farben billig.

Große Sendungen
**Gardinen, weiß und crême,** abgepaßt und meterweise, von 20 Pfg. bis 1.50 Mk.

**Rouleaux, Zug-Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe, Bettvorlagen, Tischdecken, Bett- und Schlafdecken.**

**Sämtliche Aussteuer-Artikel** in grosser Auswahl.

**✱ Fertige Betten u. Bettfedern ✱**
in der leicht erreichbaren 1. Etage.

# Albert Meincke

**Filialen:** Beckergrube 36. — Adlerstraße 34.
J. Dose in Ahrensbök.
Fink u. Nehls in Neustadt in Holstein.
Meincke u. Hansen in Oldesloe.

Rote Lubeca-Marken. Rote Lubeca-Marken.

---

# Kredit

auf

## Anzüge

für Herren, Knaben u. Jünglinge
und besonders
**Konfirmanden.**
Ebenso
**Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Teppiche, Uhren, Kinderwagen**
etc. bei

# S. Sachs

Waren- und Möbel-Kaufhaus mit Kredit-Bewilligung
2 Lübeck Schmiedestraße 2
pt., I., II., III.

**Sonderangebot:** Bis Ostern erhält jeder neue Kunde

# 1 prima Uhr gratis.

---

**Konfirmationskarten** in Goldbruck 4 Stück 5 Pfg., großes Format 3 Stück 5 Pfg.
ff. Buchkarten von 5 Pfg. an.
Geschenkartikel enorm billig. — Bewillige 5% Rabatt.
**Zum billigen Laden, Pfaffenstr. 1** gegenüber der Bonbonf. M. Borbot.

---

Prima Rindfleisch Pfd. 50 Pfg., Schweinefleisch Pfd. 70 Pfg.
Scheiben-Beefsteak Pfd. 80 Pfg. Gehacktes Pfd. 60 Pfg.
Gulasch Pfd. 70 Pfg. Kalbfleisch Pfd. 50 Pfg.
Keule Pfd. 60 Pfg. Karbonade Pfd. 80 Pfg.
Billige Fleischquelle 22 Fünfhausen 22.

# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 59. Freitag, den 11. März 1910. 17. Jahrg.

## Deutsche Professoren.

Herr Professor Dr. Hans Delbrück, der manche Steuerhinterziehung der Edelsten und Besten in allerdings recht zarter Weise aufgedeckt hatte, hat den Weg nach Canossa angetreten. Vor kurzem hielt er im Berliner Jungliberalen Verein einen Vortrag über die preußische Wahlrechtsvorlage und vertrat in diesem den Standpunkt seiner freikonservativen Parteigenossen. Um aber noch ein übriges zu tun, versäumte er diesmal nicht, seine Kollegen von der Berliner Universität zu „enthüllen". Er bemerkte, daß die Intellektuellen-Versammlung im „Zirkus Busch" tatsächlich keineswegs von den Intellektuellen unterstützt worden sei, ja daß Professor v. Liszt, der in der Versammlung den Vorsitz führte, schon am Tage nach der Versammlung von seinen Kollegen zur Rede gestellt wurde, weil der größte Teil der Berliner Hochschullehrer mit dieser Kundgebung keinesfalls identifiziert werden könnte.

Die pharisäische Selbstbelobung, die Bloßstellung des lieben Nächsten und schließlich die völlige Knechtseligkeit gegenüber dem Willen der Mächtigen ist alte Tradition der deutschen Professorenschaft, und deshalb wird das trübe Ende der Delbrückschen antiagrarischen Geistesritterschaft keine Verwunderung erwecken. Nur das „Berliner Tageblatt" bringt den Versuch fertig, dem deutschen Liberalismus den unentwegten Professorenanhang wenigstens in der Theorie zu retten, indem es ausführt:

Man kann Herrn Professor Delbrück zunächst wohl bemerken, daß die Einladung zu der Versammlung von Männern wie Geheimrat Professor Waldeyer, Professor Cauer, Geheimrat Professor Munk, Professor Orth, Geheimrat Professor Dunker, Rektor der Handelshochschule Professor Anschütz, Professor Preuß, Professor Jastrow, Professor Leopold Landau usw. unterzeichnet war, daß diese Herren wohl immerhin zu den „Intellektuellen" gezählt werden dürfen und daß beispielsweise allein der Name Orth die Namen von einigen Dutzend der offiziellen Berliner Wissenschaftler aufwiegt. Herr Professor Delbrück allerdings hatte seinen Namen nicht hergegeben — er glaubte nicht an einen Erfolg der Versammlung und lehnte die Einladung mit den Worten ab, daß er mit den Veranstaltern „getrennt marschieren und vereint schlagen" wolle . . . Am Tage nach der Versammlung haben dann in der Universität einige Hochschullehrer nicht nur Herrn Geheimrat v. Liszt, sondern auch Herrn Professor Anschütz politisch zu belehren versucht, was allerdings von besonderem Erfolge nicht begleitet war. Im übrigen ist es ja bekannt, und Herr Professor Delbrück brauchte es nicht erst zu betonen, daß das Lehrerkollegium der Berliner Universität zahlreiche Persönlichkeiten aufweist, denen ein mannhaftes Eintreten für politischen Fortschritt und Volksrechte wider die Natur geht. Als Herr Professor Delbrück seine Bemerkung vorgebracht, wurde ihm aus der Versammlung zugerufen: „Unterschriften unter dem Aufruf des Berliner Tageblatts!", und allerdings haben diese Unterschriftenlisten ja wohl zur Genüge gezeigt, daß die deutsche Professorenwelt auf der Seite der Wahlrechtsfreunde steht. Daß von der Berliner Universität mancher Name gefehlt und daß in diesen Berliner Exzellenzen nicht die gleiche freiheitliche Gesinnung lebt wie in den Hochschullehrern anderer Universitätsstädte, ist nie bestritten worden. Diese an Hofluft und Ministerienluft gewöhnten Vertreter der freien Wissenschaft finden sich zu politischer Betätigung nur ein, wenn — wie bei den letzten „nationalen" Wahlen — eine Stimme von oben sie ruft, und ihre Mannheitsgefühle gedeihen nur im wärmenden Gnadensonnenschein.

Die billige Reklame des Mosseblattes hilft über die Tatsache nicht hinweg, daß sich das deutsche Professorentum wieder einmal schen versteckt, wo es tanzen heißt. Denn was bedeuten die sechs Männer, die das „Berliner Tageblatt" als Teilnehmer an dem Versammlungsaufruf aufzuzählen vermag? Und was bedeuten erst die „Unterschriften unter dem Aufruf des „Berliner Tageblattes?" Doch nur, daß den Professoren im weiten Lande die Junkerherrschaft nicht behagt, jedoch keinesfalls, daß die gelehrten Häupter bereit wären, für eine demokratische Wahlreform in Preußen einzutreten. Wir haben die Gelegenheit wahrgenommen, auf Grund des Wortlautes des Aufrufs bereits vor mehreren Wochen diese Tatsache festzustellen.

Die Masse der deutschen Hochschulprofessoren nimmt also allerdings die Stellung des Professors Delbrück ein, daran kann der Klagegesang des Berliner Tageblattes nichts ändern. Die Professoren marschieren willig auch wider Willen getrennt — nach Hause, um vereint dem jeweiligen Sieger und Machthaber die Weihe der Theorie zu geben.

Wahrlich bahnbrechende Charakterköpfe!

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 10. März 1910.

53. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Krätke.

**Der Postetat.**

Die Beratung wird beim Titel „Staatssekretär" fortgesetzt.

Hierzu liegt eine nationalliberale Resolution vor, in der ein ständiger Beirat für Post- und Telegraphenangelegenheiten aus Vertretern der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und des Handwerks gefordert wird.

Die Abgg. Albrecht (SD.) und Genossen beantragen, in dieser Resolution hinter die Worte „des Handwerks" die Worte einzufügen: „und der Arbeiter".

Zubeil (SD.): Von verschiedenen Seiten des Hauses ist bereits darauf hingewiesen, daß die Einrichtungen unserer Post nicht mehr auf der Höhe stehen. Wir wenden uns auf das energischste gegen die Einschränkung des Personals der Unterbeamten, umsomehr, als der Verkehr von Tag zu Tag gestiegen ist. Verschiedene Oberpostdirektionen haben auch einfach verfügt, die Zahl der Dienststunden auf 69 bis 70 zu verlängern. (Hört, hört! b. d. Soz.) In dem industriereichen Bezirk Düsseldorf sind 30 Aushelfer auf die Straße geworfen worden, die die Hoffnung hatten, in ganz kurzer Zeit fest angestellt zu werden. Wenn nun aber unsere Postverwaltung auch nicht auf der Höhe des Verkehrs steht, so ist sie doch vorbildlich für die Maßregelung von Beamten! (Sehr gut! b. d. Soz.) In diesem Punkte leuchtet sie allen anderen Reichsämtern voran. Nicht die kleinste Kritik am System Krätke ist gestattet. Zum 18. April v. Js. riefen die Beamten eine große Versammlung nach der Hasenhaide ein, und dort fiel manches herbe und zutreffende Wort gegen die Regierung, die Parteien, vor allem gegen das Herrenhaus, in bezug auf die Besoldungsvorlage. Wenige Tage nachher konnte man in der konservativen Presse lesen, es müsse gegen die Beamten, die gewagt hatten, gegen den Stachel zu lecken, eingeschritten werden. Die konservativen Hetzereien hatten Erfolg und als erster blieb der Oberpostassistent Zollitsch auf der Strecke. In ihm sollte der Verband getroffen werden, der Herrn Krätke schon lange ein Dorn im Auge war, wie überhaupt alle Organisationen von Angestellten. Zollitsch hatte 21 Jahre tadellosen Dienstes hinter sich, und wir hoffen, daß das brutale Vorgehen dazu beiträgt, den Beamten und Unterbeamten klar zu machen, daß sie die energische Pflicht haben, zusammen zu halten, daß sie nicht nur Beamte, sondern auch Menschen sind. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Natürlich geht der Staatssekretär noch viel rücksichtsloser gegen die Arbeiter und Arbeiterorganisationen vor. Hier braucht er kein langwieriges Disziplinarverfahren, sondern kann mit der gepanzerten Faust unmittelbar eingreifen, wie es gegen den Telegraphenarbeiter Valentin, dem Vorsitzenden des Telegraphen-Handwerkerbundes, geschah, der im September v. J. plötzlich entlassen wurde. Man verlangte von ihm, daß er sich selbst entehren, sich als Schurke gegen seine Kollegen benehmen solle. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Weil er das erklärlicherweise ablehnte, wurde ihm sofort gekündigt. Mit dieser Rücksichtslosigkeit geht man unter dem System Kraetke gegen alle vor, die auch nur das geringste Bestreben erkennen lassen, ihre und ihrer Kollegen wirtschaftliche Lage irgendwie aufzubessern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Postbehörde geht aber noch weiter. Sie betrachtet als ihre vornehmste Aufgabe, Spitzel zu züchten, und diese ihre Kreaturen in die Arbeiterversammlungen zu dirigieren. In Stettin hat im Oktober v. J. ein Arbeiter in einer Versammlung unter großer Entrüstung bekannt, er sei von der Oberpostdirektion aufgefordert worden, die Versammlung zu besuchen und nachher Bericht zu erstatten darüber, was gesprochen sei und wer gesprochen habe. (Lebh. Pfui! bei den Soz.) Dem zum Spitzel gestempelten Manne stieg die Schamröte ins Gesicht über die unsauberen Zwecke, zu welchen die Oberpostdirektion ihn aufgefordert hatte. (Bravo! bei den Soz.)

Präsident Graf Schwerin: Sie dürfen nicht sagen, daß die Oberpostdirektion unsaubere Zwecke verfolgt.

Zubeil (fortfahrend): Bisher war man der Meinung, daß, wenn jemand beauftragt wird, seine Kollegen zu bespitzeln, dieses eine sehr unsaubere Sache ist. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Präsident Graf Schwerin: Ich bitte, einen solchen Ausdruck nicht zu gebrauchen. (Bravo! rechts.)

Zubeil (fortfahrend): Nun, die Postverwaltung wird schon wissen, wie wir und alle anständigen Leute darüber denken. (Sehr gut! b. d. Soz.) — In der Budgetkommission hat der Staatssekretär erklärt, daß die Telegraphenarbeiter 1906, 1907 und 1908 aufgebessert worden seien. Das ist richtig, aber in den weitaus meisten Fällen war es nur eine Aufbesserung von 10 Pfennigen und das entspricht nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen, welche in den letzten Jahren die Lage des Arbeiters bedeutend erschwert haben. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) — In der Oberpostdirektion Frankfurt a. O. z. B. beträgt der Anfangslohn nur 2,50 Mk. und der Endlohn nach 12 Jahren 4 Mk. In einem so teuern Ort wie Bremen erhalten diese Arbeiter nach 12jähriger Dienstzeit ebenfalls nur 4 Mk. — Hört, hört! b. d. Soz.), und das nennt der Staatssekretär eine vollkommen ausreichende Bezahlung der Arbeiter. Die Telegraphenarbeiter, welche auf der Strecke arbeiten, erhalten allerdings eine Zulage von 75 Pfg., haben aber auch eine Arbeitszeit von 4 Uhr früh bis 9 Uhr abends. In den Pensionierungsverhältnissen herrschen große Ungerechtigkeiten. Diese Zustände haben dahingeführt, daß ein Teil der Unterbeamten, die aus den Telegraphenarbeitern hervorgegangen sind, oft über ihr 65. Jahr hinaus im Dienst bleiben müssen, nur um die volle Pension erreichen zu können, weil ihnen die Jahre ihrer Tätigkeit als Arbeiter nicht angerechnet werden. Man muß schon sagen, Valentin hatte alle Ursache, für die Arbeiter einzutreten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Allzu scharf macht schartig, die Wogen der Erbitterung werden höher gehen, und später wird man sie vielleicht nicht mehr besänftigen können. (Beifall b. d. Soz.) Wir sind oft ersucht worden, Beschwerden dem Staatssekretär vorher mitzuteilen. Wir haben Ursache, hierin vorsichtig zu sein, nach einem Vorfall, der sich in Kassel ereignete. Dort haben die Unterbeamten, um ihre Rechte wahren zu können, sich an den sozialdemokratischen Abgeordneten und Redakteur Scheidemann gewandt, weil sie mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln bearbeitet werden, dem Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beizutreten, in dessen Ortsvorstand sich ein Oberpostrat, ein Postdirektor, fünf Oberpostsekretäre, vier Oberpostassistenten und

## Aus der Preußen-Nummer des „Simplicissimus".

Die angekündigte Spezialnummer des „Simplicissimus", „Preußen" ist erschienen. Sie enthält eine Reihe der köstlichsten Satiren auf preußische Verhältnisse. Wir geben einige der gediegensten Sachen wieder.

* * *

Aus dem Leben berühmter Staatsmänner.

Bethmann-Hollweg.

Die Familie Bethmann hatte das Geld ohne Christentum und die Familie Hollweg hatte das Christentum ohne Geld. Da Simon und Moritz die Einsicht gewannen, daß beide Eigenschaften vereint in Preußen die beste Kapitalsanlage bedeuteten, ließen sie den Johann Jakob Hollweg seinen Glauben ins Geschäft einlegen und gründeten mit ihm die Firma Bethmann-Hollweg G. m. b. H. zur Züchtung preußischer Staatsmänner.

Der erste, welcher ihnen gelang, war der Minister der geistlichen Angelegenheiten Moritz August von Bethmann Hollweg, der in jeder Beziehung das alte mit dem neuen Testament glücklich vereinigte.

Den Bemühungen der Firma gelang es aber, einen noch weit größeren Staatsmann hervorzubringen; unseren Theobald. Um die Frankfurt-Bethmann-Moritztradition zu verwischen, übergab man den kleinen Theobald sogleich nach seiner Geburt einer preußischen Stiftsdame zum Säugen. Der Jüngling, welcher von äußerster Bravheit und Musterhaftigkeit war, verblieb auch in seinem späteren Leben so, und wurde dadurch Reichskanzler.

Eigentümlich blieb ihm die Bethmannsche Abneigung gegen Leute ohne Geld, und sobald er Minister geworden war, sagte er zu den Arbeitern, daß ihnen das staatliche Verantwortlichkeitsgefühl fehle. „Man muß dazu fünf Generationen lang nichts gearbeitet haben," fügte er stolz hinzu, als ihm der Arbeiter zum Beweise seiner Anständigkeit die schwieligen Hände zeigte. Um aber wieder auf die Jugend des berühmten Staatsmannes zurückzukommen — —

* * *

Die große Bierrede.

Hierauf ergreift von Bethmann das Wort: Meine Herren! Man hört öfters die Bemerkung, daß es in Preußen Agrarier gibt. Ich verstehe das nicht. (Zuruf: Oldenburg!) Der Kanzler lächelt weltfremd und fährt fort: Meine Herren, über oldenburgische Verhältnisse habe ich mich nicht zu äußern. Von der gleichen Seite wird auch der Vorwurf erhoben, daß Preußen das Land der finstersten Reaktion sei. Ja, meine Herren, was ist Reaktion? (Lächelt weltfremd.) Gewiß, es gibt Leute, die sie als den Gegensatz von Fortschritt betrachten, aber was ist damit bewiesen? (Lächelt weltfremd.)

Ich glaube, daß ich in dieser Richtung nichts mehr zu sagen habe und wende mich jetzt zum Kapitel Polizeiwesen.

Die preußische Polizei . . . . (Lächelt weltfremd.) Ich wende mich jetzt gegen den Vorwurf, daß Landräte bei den Wahlen die Konservativen unterstützen sollen. Meine Herren, der Beamte ist ein Angestellter, und bezüglich der Angestellten haben wir gedruckte Bestimmungen. (Lächelt weltfremd.)

Meine Herren, gewiß, es gibt politische Gegensätze; die einen neigen sich mehr hierhin, die anderen neigen sich mehr dorthin. Sollte sich aber jemals der Fall ereignen, „daß ein Beamter seine Macht politisch mißbraucht, so wäre das sehr traurig. (Lächelt weltfremd.)

Ich komme jetzt zu dem Vorwurf, daß die konservative Partei von der Regierung abhängig sei. (Zuruf: Das hat niemand behauptet! Umgekehrt!) Wenn es niemand behauptet hat, so ist es deshalb doch nicht minder unwahr. (Lächelt weltfremd.)

Ich wende mich jetzt zum öffentlichen Wahlrecht. Meine Herren, was ist denn überhaupt Wahlrecht? Manche verstehen darunter das Recht zu wählen, aber wann ist in Preußen dieses Recht jemals bestritten oder verkümmert worden? (Lächelt weltfremd.)

Man kann eine Frau wählen; man kann einen Beruf wählen; man kann dies und das wählen. Unser ganzes Leben setzt sich aus Wählen zusammen; muß man gerade einen Abgeordneten wählen? (Lächelt weltfremd.)

(In diesem Augenblick betritt ein anderer Minister, von Trottel ohne Salz, den Saal.)

von Bethmann fährt weiter fort: Ich komme jetzt . . .

* * *

Der Nationalliberale.

Und wie es jetzt zum Schlagen ging,
Marschiert' auch mit der Dämmerling.
Er will sich ganz erfrechen
Und auf den Kanzler stechen.

Er dreht sich stolz und dreht sich um,
Zeigt sich dem lieben Publikum,
Daß man das Wagnis sehe,
Was jetzt von ihm geschehe.

Er steckt sich im verweg'nen Mut
Die größten Federn auf den Hut
Und droht mit seiner Flinten
Von hinten; ganz von hinten.

O Bassermann! O Wassermann!
Was fängst du mit dem Bethmann an?
Gehst du ihm so ans Leben?
Kann's kein Erbarmnis geben?

Jetzt kracht es schon! Der Sozi schlagt,
Der Demokrat ist unverzagt,
Der Liberal' hat g'schossen;
Doch bloß in seine Hosen.

* * *

Postkarte.

An Hern Xafer Hierangl in Reichsdag in Bärlin.

Alder Schbezi und Kardofelpreise unfreiwielinger. Mier winschen dir disses das der Leidnand kohmt und den Reichsdag zuschpirt, das du wider zu ins komst und was gescheites zu fräsen krigst und sahge dissem Barohn, das ers probirt und den salfaterkehler zuschpirt mid zän Breisen und disses ist eine Kunzt bald ers kahn. Mir siezen so freilich beisahmen und hawen einahnder so lib

fon deinem J. Filser.

Fon mier auch und griese das schäne Breisenland von Jahkob Gneidl.

* * *

Von preußischer Kultur.

Vor Jahren kam Kaiser Wilhelm regelmäßig nach dem Jagdschloß Kaltenbronn, das jeder waschechte preußische Patriot andächtig besichtigt. — Ich kenne einen Herrn, dreiundvierzig Jahre, militärischer Grad: Gefreiter, spricht vier Sprachen, der von dort einige Blättchen Klosettpapier als Andenken mitgenommen hat, und mit Stolz und Tränen der Rührung ähnlich denkenden Patrioten als Erinnerung an Kaltenbronn vorzeigt. Daß die Blätter nicht benützt waren, ist, soviel ich weiß, sein einziger Kummer.

* * *

Die Eigenart.

Ist der Respekt vor Rute und vor Knute
Noch nicht verfault?
Ach Gott, euch steckt die „Disziplin" im Blute,
Auch wenn ihr mault.

ein Oberpostschaffner befinden. Diese Herren entfalten eine fieberhafte Tätigkeit, um die Unterbeamten zum Beitritt zu bringen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Bei der Stadtverordnetenwahl wurden die Beamten einer Kontrolle unterworfen. Der geheime Oberpostrat Hoffmann verlangte sogar, daß die Musikerkapelle der Beamten bei allen Vergnügungen der Ortsgruppe des Reichsverbandes aufspielen müsse. Wir verlangen, daß der Herr Staatssekretär feststellt, welche Mittel angewandt worden sind, um diesen Druck auf die Unterbeamten auszuüben. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Unser Kollege Scheidemann, der sich vor längerer Zeit an den Staatssekretär gewendet hat, hat keine Antwort erhalten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Bei dem schon erwähnten Bestreben, immer mehr Beamte zu entlassen, muß man sich doch fragen, wie es nur möglich sein kann, daß einzelne Stellen, wie z. B. Posen, noch Kinder beschäftigen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir waren der Meinung, daß der Postbetrieb ein viel zu wichtiger sei, als daß ein Teil davon in Kinderhände gelegt werden dürfe, selbst wenn sie, wie aus der Antwort der Oberpostdirektion Posen auf die Beschwerde des Transportarbeiter-Verbandes hervorgeht, nicht mehr schulpflichtig sind, resp. eine Mittelschule besuchen. (Zust. b. d. Soz.) Hier müßte der Reichstag in seiner Gesamtheit ein klares Wort zum Staatssekretär sprechen. Schon im vorigen Jahre hat mein Freund Singer darauf hingewiesen, daß in Frankfurt a. M. die bei der Post angestellten Damen sich erst bei der Aufsicht zu melden haben, wenn sie einen gewissen Ort aufsuchen müssen. (Heiterkeit.) Wir brauchen aber nicht so weit zu gehen. Auf dem Postamt in der Französischen Straße müssen sich die Damen sogar, wenn sie diesen stillen Ort aufsuchen wollen, in ein Buch eintragen, damit nachher kontrolliert werden kann, wie oft und wie lange sie diesen stillen Ort benutzten. (Große Heiterkeit) Auf dem Postamt 68 wurde sechs Postbeamten Umzugsarbeiten zugemutet. Sie weigerten sich und erklärten, daß es für solche Zwecke genug Privatunternehmungen in Berlin gäbe. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Folge war, daß die sechs Verbrecher vor den Oberpostdirektor Vorweg zitiert und sämtlich strafversetzt wurden. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich will jetzt schließen, obwohl ich noch Material für zwei Stunden habe. (Lautes Oho! rechts und im Zentr.) Auf Sie (nach rechts), die Sie die Zeit des Reichstages sehr ungeniert mit Ihren Agrardebatten in Anspruch nehmen, brauche ich keine Rücksicht zu nehmen. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich schließe, weil es ja noch eine dritte Lesung gibt (Unruhe rechts), bei der sich das Versäumte nachholen läßt. Für heute, wie gesagt, mache ich Schluß. (Lebh. Bravo! bei den Sozialdemokr.)

Dr. Drösscher (K.): Ich werde nicht, wie mein Vorredner, die Tribüne des Reichstags mißbrauchen, um breiigen Klatsch vorzutragen und Beamte aufzuhetzen. (Dröhnendes Bravo! rechts. Zurufe b. d. Soz.: Vornehme Ausdrucksweise!) Es ist anzuerkennen, daß die Postverwaltung es verstanden hat, ohne Vermehrung des Beamtenpersonals die vermehrte Arbeit zu bewältigen, wie sie der größere Verkehr mit sich bringt. Eine übertriebene Sparsamkeit wäre natürlich verkehrsfeindlich. Meine Freunde wünschen, daß unsere Post ein mustergültiges Verkehrsinstitut ist. (Bravo! rechts.) Den von der nationalliberalen Resolution geforderten Beirat lehnen wir ab, er ist überflüssig, unwirksam und also nur schädlich. Die Postbeamten müssen jetzt einige Jahre auf Aufbesserung warten, wir hoffen aber, daß sie trotzdem eifrig und freudig ihre Pflicht tun. (Bravo! rechts.)

Nacken (Z.): Der Postetat trägt deutlich den Stempel der Sparsamkeit. Besonders betroffen ist dadurch das Beamtenpersonal. Auch die Beförderungsverhältnisse verschlechtern sich noch mehr als bisher. Die Reichspostverwaltung sollte sich einmal darüber aussprechen, wie sie sich die Entwicklung der Personalverhältnisse vorstellt. — Redner kommt auf den neuen Telephontarif zu sprechen und wünscht Auskunft darüber, nach welchen Grundsätzen die Reichspostverwaltung ihr Altmaterial veräußert. — Dem Antrag der Nationalliberalen auf Einsetzung eines wirtschaftlichen Beirats und selbstverständlich auch dem sozialdemokratischen Zusatzantrag auf Vertretung der Arbeiter in diesem Beirat stimmen wir zu. Ich schließe mit dem Wunsche einer würdigen, großzügigen, glänzenden, weitausschauenden, dem Verkehr nicht nachhinkenden, sondern ihm voraneilenden Entwicklung unserer Post. (Lebhaftes Bravo! i. Zentr.)

Staatssekretär Krätke: Dem letzten Wunsche kann ich mich nur anschließen, aber die finanziellen Schwierigkeiten dürfen nicht vergessen werden. Ich freue mich der Anerkennung der beiden letzten Herren Vorredner. Es kann aber nicht zugegeben werden, daß die Aussichten der Postbeamten so trostlos sind, wie der letzte Herr Vorredner es behauptet hat. Die von Herrn Zubeil angeführten Fälle sind durchweg ungeeignet für die Behandlung im Plenum. Ich will aber generell bemerken, daß die Postverwaltung allerdings gegen Erregung von Unzufriedenheit unnachsichtlich eingeschritten ist und es weiter tun wird. (Bravo! rechts.) Richtig ist, daß eine Eingabe des Abg. Scheidemann unbeantwortet ist. Sie stammt aber erst aus den letzten Tagen des Februar und Herr Scheidemann würde gewiß noch Antwort erhalten haben. Jetzt nachdem Herr Zubeil die Sache vorgebracht hat, erübrigt sich das wohl. (Zurufe b. d. Soz.) Unsere Erkundigungen haben ergeben, daß die Beschuldigungen gegen den Oberpostdirektor in Kassel völlig grundlos sind. (Lach. b. d. Soz.) In keiner Weise hat der Oberpostdirektor einen Druck auf die nachgeordneten Beamten ausgeübt. Das ergibt sich schon daraus, daß in Kassel weniger Postbeamte als Eisenbahnbeamte dem Reichsverbande angehören. (Heiterkeit.) Die übrigen Beschwerden des Abgeordneten Zubeil werden sachlich geprüft werden.

Beck-Heidelberg (Natl.): So trostlos, wie Kollege Nacken die Aussichten der Postbeamten hinstellt, sind sie nicht, wenn auch beim diesjährigen Etat Schmalhans Pate gestanden hat. Die Klagen über zu viele Aufsichtsbeamte scheinen mir unbegründet oder übertrieben. Gute Aufsicht ist notwendig. Redner weist darauf hin, daß wir in einigen Jahren Postreferendare und Assessoren bekommen. (Zuruf b. d. Soz.: Kommen die auch in die erste Wählerklasse? Htkt.) — Der Post fehlt vielfach die Fühlung mit dem produktiven Gewerbsleben. Deshalb haben wir unsere Resolution eingebracht, um deren Annahme ich bitte. (Bravo! b. d. Natl.)

Linz (Np.) erbittet vom Staatssekretär die Errichtung eines Postamts in Barmen-Ratters, wodurch sich der Staatssekretär den heißen Dank der Bewohner erwerben würde. Wenn die Post mehr Fühlung mit dem praktischen Erwerbsleben nimmt, wird das Mißtrauen gegen den weltfremden Bureaukratismus schwinden. Redner tritt für die nationalliberale Resolution ein und wendet sich gegen die Benutzung der Post zur Verbreitung unzüchtiger Schriften und Briefe. Namentlich sollten an Jugendliche nur dann postlagernde Sendungen verabfolgt werden, wenn sie sich genügend legitimieren. Briefe mit Chiffreadresse sollten überhaupt abgeschafft werden. (Heiterkeit, da Redner Rektor einer Mädchenschule ist.)

Dr. Seyda (Pole): Auch wir treten für alle Anregungen ein, welche die Reichspost zu einem guten Verkehrsinstitut machen wollen. Zur dienstlichen Durchbildung gehört aber auch, daß die Beamten die Sprache der Bevölkerung sprechen, unter der sie wirken. Das ist in den polnisch sprechenden Landesteilen nicht der Fall. Auch kümmert sich dort die Postverwaltung viel zu viel um die persönlichen Angelegenheiten der Beamten, z. B. ob und wie sie wählen. (Bravo! bei den Polen.) Es ist viel von Sparsamkeit die Rede gewesen, aber die Ostmarkenzulage ist erhöht worden. Diesen Korruptionsfonds werden wir natürlich nicht bewilligen. (Bravo! bei den Polen und Soz.)

Staatssekretär Kraetke: Ich halte an meiner vorjährigen Erklärung fest, daß wir nicht nachforschen, wie Beamte wählen. In dem Kattowitzer Falle war es notwendig, einige Beamte an einen andern zu versetzen. Aber auch da haben wir nicht nachgeforscht, wen sie gewählt haben (Lach. und Zuruf bei den Polen), sondern es ist der Regierung ganz offen zugetragen worden.

Werner (Ant.) lobt das Vorgehen gegen die Polen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Scheidemann (SD., [persönlich]): Der Herr Staatssekretär hat, ohne meine Eingabe, die mein Freund Zubeil erwähnt hat, mitzuteilen, es so hingestellt, als ob ich nicht loyal verfahren wäre. Redner gibt den Wortlaut, aus welchem hervorgeht, daß seine Eingabe um eine Verfügung ersuchte, welche jeden unzulässigen Druck auf die Beamten ausschließt. Begründet wird dieses Ersuchen mit der Angabe, daß von dem Oberpostrat Hoffmann behauptet wird, daß er bald direkt, bald indirekt in unzulässiger Weise auf die Angestellten der Post eingewirkt hat, um sie für den Reichsverband zu gewinnen. — Loyaler als diese Eingabe vorgeht, kann man nicht vorgehen. Und wenn nun der Oberpostrat Hoffmann, von der Reichspostverwaltung angefragt, ob er die Beamten gepreßt habe oder nicht, die Antwort gibt, daß er es nicht getan hat, so kann kein Zweifel darüber sein, daß eine derartige Untersuchung keine einwandfreie ist. Ich habe nur den Wunsch, daß der Staatssekretär eine Verfügung erläßt, daß die höheren Beamten jede politische Agitation, gleichviel für welchen Verein oder Verband, zu unterlassen haben.

Der Titel Staatssekretär wird bewilligt. Der Zusatzantrag Albrecht und Genossen zur Resolution Bassermann (natl.) (Einfügung von Arbeitern in den ständigen Postbeirat) wird angenommen, und darauf die Resolution Bassermann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abg. Nacken (Z.), Giesberts (Z.), Pfeifer (Z.) abgelehnt.

Der Präsident Graf Schwerin teilt mit, daß eine sozialdemokratische Interpellation über das Verbot der Versammlung unter freiem Himmel in Treptow durch den Berliner Polizeipräsidenten eingegangen ist. Die Interpellation wird auf die morgige Tagesordnung gesetzt, außerdem Fortsetzung des Postetats.

Schluß 8 Uhr.

---

Hört ihr den Märzenwind? Die alte Erde
Wird grün und frisch.
Bei euch ertönt das Schöpferwort „Es werde!"
Vom grünen Tisch.

Setzt euch nur brav in eurem Vogelbauer
Auf den Popo.
Und riecht die Luft auch etwas kohlensauer:
Ihr seid mal so.

* * *

Ostelbischer Adel im Zirkus Busch.

Er spricht von Gott, indes sein Magen
Noch etwas säuert von Bordeaux,
Er weiß von Jesus was zu sagen —
Allein der Heiland roch nicht so.

Er stochert dann aus seinen Zähnen
Die letzten Reste Kaviar,
Und spricht mit unterdrückten Tränen
Von seines Vaterlands Gefahr.

Von Leuten, die das Volk betrogen
Um seinen kindlich treuen Sinn —
Da blitzt es in den Karpfenaugen,
Da zittert manches Doppelkinn.

Um seinen Kaiser tiefe Schmerzen,
Ums Vaterland ein arges Weh,
Sie brennen in des Adels Herzen.
Im Maule brennt die Henry Clay.

Und seht nur die Gesichter blühen
In Rot und Blau und Violett,
Und sehet jedes Antlitz glühen
Von Pathos und von Schweinefett.

* * *

Der Schulmeister.

„Wenn ich sage, daß ihr Süddeutsche verroht und verlacht seid, so sage ich das in warmer Anerkennung eurer Eigenart und zur Abschreckung eurer preußischen Mitschüler, welche zur Degeneration nicht reif genug sind."

---

# Aus der Partei.

**Vollmars 60. Geburtstag.** Genosse v. Vollmar feierte am Montag seinen 60. Geburtstag. Wenn dieser Tag mehr als ein Familienfest bedeutet, so darum, weil sich in Vollmar ein Stück bayerischer und auch deutscher Parteigeschichte verkörpert. Vollmar ist aus dem Teile des Bürgertums zur Sozialdemokratie gekommen, der in schroffstem Gegensatz zu ihr steht. Er war einst adliger Reiteroffizier und machte den Feldzug 1870/71 mit, in dem er schwer verwundet wurde. Es war schon ein gereifter, viel erfahrener Mann, als er sich die Ideale unserer Partei zu den seinigen erkor. Dann aber stürzte er sich mitten in den politischen Kampf. Er begann als Redakteur der „Dresdener Volkszeitung" 1877. Nach kurzer durch das Sozialistengesetz verursachter Unterbrechung, die ihm Muße zu Hochschulstudien in Zürich und Paris gab, trat er wiederum in die Reihen der Kämpfer. Von 1879—1883 saß er im sächsischen Landtage, seit 1881 ist er mit kurzer Unterbrechung Mitglied des Reichstages. 1893 wurde er zuerst in den bayerischen Landtag gewählt. Hier in seiner Heimat entwickelte Vollmar erst seine ihm eigene Wesenheit als Parteiführer und Parlamentarier. Seine Taktik ist von dem Grundsatze geleitet, das zunächst mögliche mit allen Kräften und allen Mitteln anzustreben, ohne unsere ferneren Ziele auch nur einen Augenblick aus dem Auge zu verlieren. Die bayerische Sozialdemokratie hat auf diesem Wege eine Reihe von Erfolgen zu verzeichnen, deren Wirkung auf die politischen Verhältnisse Deutschlands, namentlich Süddeutschlands, unverkennbar ist. Es ist daher nur berechtigt, wenn die Sozialdemokratie am 60. Geburtstage Vollmars ihre Freude darüber ausspricht, daß er, dessen Gesundheit in den letzten Jahren leider viel zu wünschen übrig ließ, heute in alter Frische diesen zu unser aller Ehrentag gewordenen Tag feiert. Möge er noch lange sein ersprießliches Wirken für unsere Partei entfalten. Mit diesem Wunsche treten auch wir vor das „Geburtstagskind" hin. Die „Münchener Post" widmet dem Sechzigjährigen folgenden Glückwunsch: Im Namen unserer bayrischen Parteifreunde entbieten wir unserem Freunde zu diesem Feste unsere herzlichsten Glückwünsche. Wir halten es für überflüssig, an dieser Stelle die Bedeutung und die Verdienste Vollmars zu rühmen, der, von einem längeren Leiden wieder genesen, ein Mitwirkender und Förderender unter uns steht. Wenigen ist es ja auch vergönnt, wie ihm, auf ein Lebenswerk zurückzublicken, das beginnt in der Zeit einer kärglichen und mühsamen Entwickelung einer politischen Bewegung und auf der Höhe steht in einer Epoche, da diese Bewegung zu einer unüberwindlichen Kraft, einem unbesieglichen politischen Agens geworden ist. Diese Bewegung im industriearmen Bayern unter ganz besonderen Schwierigkeiten zu einer Zeit gefördert, gesichert und politisch kursfähig gemacht zu haben, in einer Zeit, in der scheinbar noch alle Voraussetzungen für die Existenz einer sozialdemokratischen Partei in Südbayern fehlten, ist das bleibende Verdienst Vollmars.

Die Eroberung von München II im Jahre 1884 ist ein Unikum in der Parteigeschichte, und die Tatsache, daß dieser Wahlkreis mit Ausnahme von 1887 bis 1889 in allen Stürmen gehalten werden konnte, ist der glänzendste Beweis für die, man darf wohl sagen, Heimatkunst seiner bodenständigen Agitation. Einer Bodenständigkeit und einem genialen Ermessen der politischen Möglichkeiten, deren Effekt für die Partei sich in der seltenen Volkstümlichkeit des Namens Vollmar widerspiegelt.

**25 Jahre Parlamentarier.** Am Sonnabend (12. März) blickte Genosse Ulrich-Offenbach auf eine 25jährige Tätigkeit im hessischen Landtage zurück. Ulrich ist der älteste Landtagsabgeordnete unserer Partei in Deutschland. Am 12. März 1885 gelang es den Mainzer Genossen, ihre Wahlmänner durchzubringen, und so zogen die Genossen Jöst-Mainz und Ulrich-Offenbach als erste Sozialdemokraten in das hessische Parlament ein. Beide waren auch die ersten Sozialdemokraten, die unter einem indirekten Wahlrecht in Deutschland gewählt wurden. Genosse Ulrich vertritt seit 1896 die Stadt Offenbach im Landtag. Er ist seit 12 Jahren Vorsitzender der hessischen Landesorganisation.

**Ein Reinfall der Dortmunder Anklagebehörden.** Wegen eines Berichts über die große Demonstration am 13. Februar wurde die „Arbeiterzeitung" konfisziert und Genosse Beyer, der Verantwortliche, unter Anklage gestellt wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und wegen Aufreizung zum Klassenhaß. Das „Verbrechen" sieht die Anklage in folgenden Sätzen des Artikels:

„Ihr wollt den Krieg haben, ihr Herren — wohlan — so sollt ihr ihn denn haben!" ... „Wir werden auch fernerhin tun, was nur in unserer Macht steht, um Blutvergießen zu verhindern, aber auf die Straße gehen jetzt die Massen — daran wird sie kein Gott und kein Teufel mehr hindern! Und Schutzmannsdrohung erst recht nicht!" „Die Rechte, die man uns nicht freiwillig gibt, nehmen wir uns! Und der Arbeiter, der am Hochofen und in der Grube tagtäglich im Dienste des Ausbeutertums sein Leben aufs Spiel setzt, wird nicht zurückschrecken, wenn der Schutzmannssäbel ihm sein Recht strittig machen will. Fließt Arbeiterblut für das Kapital, so kann es auch fließen im Kampfe ums Recht!

Um die Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu rechtfertigen, mußte der Staatsanwalt erst eine neue Bevölkerungsklasse schaffen, gegen die die Arbeiter aufgereizt werden sollten. Und eine solche Bevölkerungsklasse sind nach seiner Ansicht — die Schutzleute. Dem Verteidiger, Rechtsanwalt Frank, gelang es in glänzender Weise, die Unhaltbarkeit der Anklage nachzuweisen. Die Schutzleute seien keine besondere Bevölkerungsklasse, und alle anderen Bevölkerungsklassen des Bezirks lehnten den Wahlrechtsentwurf der Regierung mehr oder minder heftig ab. Es sei hier im Bezirk keine einzige Bevölkerungsschicht vorhanden, die sich zum Entwurf der Regierung bekenne. Also sei es ein Unding, von Aufreizung der Bevölkerungsklassen gegen einander zu reden. Auch zum Ungehorsam gegen die Gesetze sei nicht aufgefordert worden. Der Artikel sei geschrieben unter dem Eindruck der Vorgänge des 13. Februars. Er enthalte keine Aufforderung, sondern konstatiere nur Tatsachen. Der Staatsanwalt beantragte die unglaublich hohe Strafe von 6 Monaten Gefängnis. Das Gericht kam aber zu dem Resultat, daß die Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß nicht aufrecht erhalten werden könne. Genosse Beyer wurde nur wegen Aufforderung zu weiteren Demonstrationszügen (Ungehorsam gegen die Gesetze) zu 500 Mk. Strafe verurteilt.

**Protest gegen eine Polizei-Attacke.** In Solingen ist es Sonntag zu scharfen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, die eine im Zug getragene rote Fahne gewaltsam wegnehmen wollte. Unsere Parteigenossen haben deshalb für Dienstag abend eine Protestversammlung nach dem „Kaisersaal" einberufen. Weil die Versammlung vorzeitig überfüllt war, wurde sofort noch eine Versammlung im „Gewerkschaftshaus" veranstaltet. Trotzdem standen noch Tausende auf der Straße, die keinen Einlaß in die überfüllten Säle finden konnten. Die Genossen Schaal, Dittmann und Wendemuth geißelten in schärfster Weise das Verhalten der Polizei. Eine Protestresolution, die sich mit den Ausführungen der Redner deckt, wurde einstimmig angenommen. Nach Schluß der Versammlung entwickelte sich eine Riesendemonstration durch die Hauptstraßen der Stadt. Etwa 15 000 Menschen zogen am Rathause vorbei, wo sich am Sonntag die Polizeiattacke ereignete. Vor dem Hause des Landtags-Abgeordneten Dr. Gottschalk wurde demonstriert. Nachdem der Zug noch am Landratsamt vorbeigezogen war, löste er sich auf. Trotz der gewaltigen Erregung der Massen und der kolossalen Beteiligung, verlief die Demonstration ohne jeden Zwischenfall, da sich die Polizei zurückhielt und unseren Genossen die Aufrechterhaltung der Ordnung überließ. Der Eindruck dieser Demonstration war ein gewaltiger.

**Die Reichsverbändler auf „neuen Wegen"?** Als im vorigen Jahre der „Stettiner Volksbote" einen kapitalistischen Wohltätigkeitsschwindel entlarvte, wurde ein Prozeß gegen den Genossen Mehlich angestrengt, der aber mit einem kläglichen Fiasko des Klägers endete. Bei diesem Prozeß machte sich in auffälliger Weise der Reichsverband bemerkbar, der in seiner Korrespondenz wiederholt vor der Gerichtsverhandlung sich des kapitalistischen „Wohltäters" annahm und offenbar eine Einwirkung auf die Richter und eine Reinwaschung eines kompromittierten Pastors versuchte. Jenes auffällige Interesse des Reichsverbandes erfährt nunmehr eine überraschende Aufklärung durch ein neuerdings gegen den Genossen Mehlich eingeleitetes Verfahren wegen angeblicher Beleidigung des Bürgermeisters von Pyritz in Pommern. Bei den Akten 10a G. 886 10 des Amtsgerichts Dortmund findet sich nämlich ein Schreiben des Reichsverbandes an den fraglichen Bürgermeister, das jedenfalls — wir wollen nicht behaupten: eine Denunziation — aber gewiß eine Aufforderung, sich beleidigt zu fühlen, enthält. Das Schreiben ist mit der Maschine auf einen Briefbogen geschrieben, der die Firma „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Ortsgruppe Stettin" und den Stempel Dr. R. Erzgräber, Oberlehrer, Stettin, Deutschestraße 12" trägt. Danach scheint der Reichsverband seinen Aufgabenkreis im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und ihre Anhänger erweitert zu haben. Hoffentlich ändert er demnächst seinen Namen in „Reichsdenunziantenverband" um.

# Soziales.

**800 000 Mark Lohnabzug.** Den konservativ-ultramontanen Schwindeleien von einer „Hebung des Arbeiterwohlstandes" durch die Zoll- und Steuerpolitik des Schnapsblocks, bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeiterleistung kann man nicht besser entgegentreten als mit Gegenbeweisen aus den Geschäftsberichten der Zechenbesitzer selbst.

Soeben hat die 1000teilige Kohlengewerkschaft „Friedrich der Große" bei Herne in Westfalen ihren Jahresbericht veröffentlicht. Er enthält eine selbst in der Zeit einer starken Wirtschaftskrise seltene Lohndrückerei. Das Jahr 1909 stand aber nicht unter einem starken Krisendruck. Wir tun am besten, die markanten Zahlen aus den beiden letzten Jahren des Werksbetriebes nebeneinander zu stellen. Hier sind die Angaben, entnommen den Berichten des Grubenvorstandes von „Friedrich der Große":

| | 1908 | 1909 |
|---|---|---|
| Förderung in Tonnen | 911 958 | 885 290 |
| Arbeiter | 4 815 | 3 974 |
| Leistung pro Mann und Schicht | | |
| a) Gesamtbelegschaft | 0,73 Tonnen | 0,79 Tonnen |
| b) der Kohlenhauer | 1,77 „ | 2,25 „ |
| Schichten pro Arbeiter | 300 „ | 293 „ |
| Feierschichten wegen Förderbeschränkung | — | 23 „ |
| Durchschnitts-Schichtverdienst (Gesamtbelegschaft) | 5,32 Mk. | 4,76 Mk. |
| Durchschnitts-Jahresverdienst (Gesamtbelegschaft) | 1 596 „ | 1 395 „ |
| Überschuß des Betriebes | 1 486 088 „ | 1 894 255 „ |
| Abschreibungen | 446 009 „ | 920 306 „ |
| Verteilte Ausbeute | 696 500 „ | 447 750 „ |

Danach ist der Durchschnittsjahresverdienst pro Arbeiter um die für ein Arbeitereinkommen horrende Summe von 201 Mark herabgedrückt worden bei gleichzeitiger erheblicher Zunahme der Leistung!

841 Arbeiter wurden 1909 weniger beschäftigt, die Verbleibenden mußten 23 Schichten wegen Förderbeschränkung feiern. Trotzdem liest man in den Zechenzeitungen von einem angeblichen „Arbeitermangel im Ruhrkohlenbergbau" und unausgesetzt schleppen Werber tausende ostelbischer und ausländischer Arbeiter den Ruhrzechen zu! Die löbliche Regierung sieht diesem Treiben zu, ja verteidigt noch die Zechenherren als Wohltäter der Menschheit.

Durch verstärktes Antreiben der Arbeiter, wobei Gedingekürzung, Verdienstverschlechterung als stachliche Peitsche in Anwendung kam, hat man die Leistung pro Arbeiter um 9,45 Proz. gesteigert, dabei noch den Lohn um 12—13 Proz. herabgedrückt! 200 Mark geringeren Verdienst in einem Jahre, noch dazu in einem Teuerungsjahre, das bedeutet für die Arbeiterfamilien größere Entbehrung und vielfach Verarmung. Durch die vorgenommenen Lohnverschlechterungen haben die Zechenherren rund

**800 000 Mark eingesteckt!**

Genau 796 195 Mark! Es erhöhte sich trotz geringerer Totalförderung und geringerer Kohlen- und Kokspreise der Betriebsüberschuß von 1,48 auf 1,80 Millionen Mark! Es hätte 1909 dieselbe Ausbeute wie 1908 (700 Mark pro Kux) verteilt werden können und doch noch die Rückstellungen reichlich in vorjähriger Höhe gemacht werden dürfen. Um jedoch nach außen auch als „notleidend" auftreten zu können, verteilte man 250 000 Mark weniger Ausbeute, legte dafür aber 470 000 Mark mehr wie im Jahre 1908 in die Reserve. Der Überschuß ist also tatsächlich vorhanden, er bleibt den Unternehmern auf alle Fälle, wenn er auch jetzt nicht zur Verteilung kommt.

Die Arbeiter aber erhielten pro Kopf glattweg 200 Mk. abgezwackt! Die Abschreibungen der Arbeiter auf ihren Anlagewert, ihre Arbeitskraft, bestehen notgedrungen im Schuldenmachen. Und das im Jahre der erhöhten Volksbelastung durch den Schnapsblock, der seinen Beutezug zu maskieren versucht mit dem unwahren Gerede von dem „steigenden Arbeiterwohlstand".

Vor der Wucht dieser Zahlen bricht die Schönrederei der um den Minister gegen Sozialpolitik gescharten Zöllner und Volksentrechter glatt zusammen.

# Aus dem Gerichtssaal.

**Todesurteil.** Das Schwurgericht in Naumburg verurteilte den Schneider Böttcher aus Zeitz wegen Raubmordes, verübt an seiner Schwägerin, der Witwe Jericho in Zeitz, zum Tode.

**Es gibt auch milde Richter.** Wegen des Ausfalls der Gemeinderatswahlen waren einige Hurrapatrioten in Nebesgrün i. V. derartig erbost, daß sie meinten, einem unserer Genossen, welcher sich am Silvesterabend allein mit ihnen in der Gaststube eines dortigen Gasthofes befand, ohne alle Veranlassung ihre hurrapatriotische Gesinnung durch Faustschläge und Schimpfreden beibringen zu müssen. Unser Genosse stellte Strafantrag gegen diese patriotischen Rowdies. Diese Ausschreitungen zeitigten dieser Tage vor dem Schöffengericht zu Auerbach i. V. ein Nachspiel. Der die Anklage vertretende Amtsanwalt mußte selbst zugestehen, daß die Angeklagten ihre ganze Brutalität an den Tag gelegt hätten und beantragte gegen jeden zwei Monate Gefängnis. Das Gericht war jedoch anderer Meinung wie der Amtsanwalt und verurteilte einen Gutsbesitzer Helbig zu 20 Mk., einen Tischlermeister Gerber und einen pensionierten Lokomotivführer Gerber zu 15 Mk. und einen Stickmaschinenbesitzer Gerber zu 10 Mk. Geldstrafe sowie zur Tragung der Kosten.

**Verurteilung eines Antimilitaristischen.** Von der Strafkammer in Frankfurt a. M. wurde gestern ein 19 Jahre alter Ungar, namens Iwan Zepp, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wegen antimilitaristischer Propaganda. Er hatte in Frankfurt und Offenbach in wenigen Exemplaren eine Schrift verbreitet, ein Schauspiel „Unsere Heimat" betitelt, in der zu Ungehorsam gegen die Militärbehörde aufgefordert sein soll. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Staatsanwalt bezeichnete in seinem Plädoyer diese Schrift als eine harmlose; er meinte, sie dürfe kaum viel Unheil in den beiden Städten angerichtet haben. Trotzdem wurde Z. zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Schwere Strafe.** Vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts München wurde gegen den 18jährigen Monteurgehilfen Kellner verhandelt, welcher im Oktober vorigen Jahres Sprengstoff entwendete und einen Teil in der Nähe des Rathauses zur Explosion sowie einen Teil nahe beim Justizpalaste niedergelegt hatte. Gleichzeitig wurde gegen drei weitere Mitangeklagte, welche Kellner zur Flucht verhalfen, verhandelt. Das Urteil für Kellner lautet auf 15 Monate Gefängnis, von denen vier Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Die übrigen wurden zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche bis zu vier Wochen verurteilt.

# Aus Nah und Fern.

**Ein Liebesdrama.** Mittwoch abend wurden der 26jährige Rudolf Lessing, in Hamburg wohnhaft gewesen und die etwa 25jährige Frau Dr. med. Elfriede Bergsat, die bei ihrem Ehemann in Hamburg gewohnt hat, in einem Hotel Unter den Linden in Berlin in einem abgemieteten Zimmer im Bette liegend tot aufgefunden. Lessing hatte sich durch zwei Schüsse in die rechte Schläfe und die Herzgegend getötet, wogegen Frau Bergsat eine Schußwunde in der linken Brustseite zeigte. Beide waren am Tage vorher, nachmittags gegen 4 Uhr, von Hamburg in Berlin eingetroffen und nahmen im Hotel Wohnung, wo Lessing sich als Herr Kuste und Frau eintrug. Da das angebliche Ehepaar das Zimmer auch bis zum Mittwoch-Abend noch nicht verlassen hatte und auch nichts von sich hatte hören lassen, so veranlaßte der Hoteldirektor die Öffnung des Zimmers. Nach Ansicht des Hotelarztes war die Leichenstarre bereits längere Zeit vorher eingetreten. Wahrscheinlich tötete Lessing die Frau Dr. Bergsat zuerst durch einen Schuß und nahm sich dann selbst das Leben. Er hielt noch den Revolver krampfhaft in der rechten Hand. Mord und Selbstmord sind unzweifelhaft. Wie aus hinterlassenen Briefen hervorgeht, ist der Beweggrund unglückliche Liebe. Die Leichen wurden in einem polizeilichen Transportwagen nach dem Schauhause geschafft.

**Mord.** Aus Rathenow wird gemeldet: Der 24jährige Dienstknecht Albert Schotherp aus Weseram überfiel Mittwoch abend in dem Dorfe Stölln bei Rhinow, Kreis Westhavelland, die 22jährige Dienstmagd Markewitz aus Schneidemühl beim Melken im Viehstall und tötete sie durch Beilhiebe. Der Täter, der einen Selbstmordversuch unternahm, wurde ergriffen.

**Familiendrama.** In Niedergrunstedt bei Weimar gab Mittwoch früh der jungverheiratete Landwirt B. auf seine 22jährige Frau nach kurzem Wortwechsel einen Revolverschuß ab, der diese so schwer verletzte, daß sie hoffnungslos darniederliegt. Hierauf brachte er sich mit einem Rasiermesser tiefe Schnitte an der Kehle bei und schoß sich dann in den Mund. Er war sofort tot.

**Mord.** In Zarkowitz ermordete und beraubte der 29jährige arbeitslose Joseph Hajek die Steinmetzgattin Anna Krhikama, um sich Geld zur Reise nach Amerika zu verschaffen. Der Täter ist entflohen. Die Spur wird verfolgt.

**Eisenbahnunglück.** Nach einer Meldung aus Graz sind in Trifail zwei Züge zusammengestoßen. Ein Zugführer, ein Bremser und ein Arbeiter wurden tödlich verletzt. Der Schaden ist groß.

**Brandunglück.** In dem Dorfe Swiedeieze brach ein Brand aus, der das ganze Dorf einäscherte. Ein Bauer rettete sich mit seiner Frau und 5 Kindern durch einen Sprung aus dem Fenster. Alle sieben eilten jedoch in das Haus zurück, um das Geld zu retten. Später wurden sie als verkohlte Leichen aufgefunden.

**Vergiftet.** In Malaga ereignete sich dem „Berliner Tageblatt" zufolge ein tragischer Vorfall. Alle drei Kinder des Stadtbaurates Gracian, die an Influenza litten und Chinin einnehmen sollten, wurden durch ein Versehen des Apothekers durch Morphiumkapseln vergiftet. Der Apotheker wurde in Haft genommen.

**Zwei berüchtigte Einbrecher** namens Witzak und Molinsky wurden in Krakau verhaftet, als sie in einem dortigen Bankhause deutsche Wertpapiere verkaufen wollten. Das Bankhaus war vorher verständigt worden, daß diese Papiere in Posen bei einem Einbruchsdiebstahl entwendet worden waren. Man fand bei den Verhafteten noch verschiedene andere Wertpapiere. 6000 Kronen österreiches Geld und Einbruchswerkzeug.

# Theater und Musik.

**Im Neuen Stadttheater** wurde gestern abend Wagners „Götterdämmerung" erstmalig wiederholt. Das gewaltige Musikdrama erzielte wieder den nachhaltigsten Eindruck. Besonders die glänzende Leistung des Fräulein Kahler als Brünnhilde zwang das Publikum in ihren Bann und erregte Bewunderung. Auch der Siegfried des Herrn Erb, der erfreulicherweise an Männlichkeit gewonnen hatte, verdiente und fand lebhafte Anerkennung. Den Hagen sang aushilfsweise der Schweriner Hofopernsänger Freiburg. Der Künstler, der über einen machtvollen, aber vielfach dumpf klingenden Baß verfügt, vermochte nicht die Gestalt des finsteren Albensones mit dämonischer Kraft zu erfüllen; er blieb auch unter der Maske eines grauen Wilden innerlich zahm und ohne Größe des Ausdrucks. Reicher Beifall folgte der Aufführung, die vor einem manche Lücken aufweisenden Hause stattfand. P. L.

**Karl Reinecke †** Wie aus Leipzig gemeldet wird, ist dort der bekannte Komponist, Pianist und frühere langjährige Dirigent der Gewandhauskonzerte in Leipzig gestern vormittag an den Folgen einer Influenzaerkrankung gestorben. Der Verewigte ist 1824 in Altona geboren und lebte seit 1860 in Leipzig, dessen Musikleben, das nach Mendelssohns Tode wieder zurückgegangen war, er von neuem zu beleben verstand. Reinecke hat auch verschiedene Opern komponiert, so „Auf hohen Befehl", „Der Gouverneur von Tours" u. a., die anfangs der neunziger Jahre unter persönlicher Leitung ihres Schöpfers auch am alten Lübecker Stadttheater aufgeführt wurden.

# Literarisches.

**Von der „Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 24. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Langen und Bangen —.— Das Problem der Erkenntnis. Von Paul Lafargue. — Die erste sozialdemokratische Balkankonferenz. Von D. Tutzowitsch. — Hamburgs Parlament. Von Harro Köhnke. — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. Von Rich. Woldt. — Die Ergebnisse der neuen deutschen Sterbetafel. Von Felix Linke. — Literarische Rundschau: Robert Hunter: Socialists at work. Von N. Rjasanoff. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Briefkasten.**

**M. K.** Die Benutzung des „Sprechsaals" ist kostenfrei. — ½ mal ¾ gleich ⅜.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

**Inserate** finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten".**

Plötzlich und unerwartet entschlief am 5. März infolge eines Unglücksfalles in Hamburg unser lieber Sohn
**Johannes**
im 20. Lebensjahre.
Tiefbetrauert von seinen Eltern, Schwestern, Verwandten und Bekannten.
**C. Richter,** An der Mauer 92.

Heute morgen 6 Uhr entriß uns der Tod unsere herzensgute Tochter **Elsbet** im 8. Lebensjahre.
Tief betrauert von ihren Eltern, Geschwistern und allen, die ihr nahe standen.
**J. Schaeper u. Frau.**

Lieber Hans! Zum 28. Wiegenfeste
Sorge ja gut für das beste,
Speck, Eier, Wurst und Schinken,
Darauf können wir tüchtig trinken.
Sorge ja für gutes Bier
In der Prießstraße Nr. 4.

**Freundliches Zimmer**
zu vermieten Schützenstraße 22, II.

**Möbliertes Zimmer** an jungen Mann zu vermieten
Friedenstraße 11, II.

**Möbliertes Zimmer**
zu vermieten Kupferschmiedestr. 13.

**Eine Zweizimmerwohnung**
mit Kochgas, 170 Mk.
Kottwitzstraße 19, III.

Gesucht zum 1. April
**ein Maurerlehrling.**
**L. Thormann,** Parkstr. 22.

**Saub. Damen-Masken-Anzug**
(Zigeunerin) zu vermieten.
Schwartauer Allee 127 a, I.

Junge Frau sucht Morgenstelle, Laden oder Kontor zu reinigen.
Offerten u. **O. E.** an die Exped. d. Bl. erbeten.

**2 Kegelaufsetzer**
Freitags abend gesucht. Zu melden heute abend 7—8 Uhr
Cronsforder Allee 33 a.

**Gesucht 200 Mk.**
auf Abzahlung. Offerten unter **J 30** an die Expedition d. Bl.

Eine freundl. **Wohnbude** zu verk. oder zu vermieten Engelswisch.
**H. Pohlmann,** Untertrave 103, p.

**Rosen-Pflanzkartoff.,** Faß 50 Pf., sowie **Große Bohnen** zu verkaufen.
Friedenstraße 22, II.

Billig zu verk. **Sekretär, Kellertreppengitter, Waschmaschine, gr. Heck- und Flugbauer.**
Gloxinstr. 32—34, p. l.

Ein gut erhalten. **Sommerjackett** für Konfirmandin billig u. ein guterhaltener **Kinderwagen** zu verk.
Brolingstraße 16.

**Ein Roman (100 Hefte)**
für 2 Mk. zu verkaufen.
Engelsgrube 72, III.

Zu verkaufen mehr. Sack **Magnum bonum Eß- und Pflanzkartoffeln.**
Ritterstraße 6a.

**Phonographenwalzen zu verk.**
Stück 20 und 30 Pf.
Brömbsenstraße 1, II.

**Eine eiserne Kinderbettstelle**
billig zu verkaufen.
Fackenburg 97.

**Zeitungsmappen.**

**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**

**Große Bohnen zu verkaufen.**
Schönböckenerstraße 14, I.

**Weiße Danziger Täubin**
zu kaufen gesucht.
**Eggers, Ellerbrook 5, I.**

**Entflogen eine blaue Taube.**
Abzugeben Werderstraße 21.

Empfehle mich den werten Herren zum **Rasieren und Haarschneiden.**
**Wilhelm Wigger,** Nebenhofstr. 8.

**Tauben-Gipsnester**
**6 Stck. 1.20 M.**
Rosenstraße 21, I.

**Billigste chemische Reinigungs-Anstalt für Damen- und Herren-Garderoben von**
**C. Monica,** Kupferschmiedestr. 13
1 Anzug reinigen u. bügeln 2.30 b. 2.50 Mk. 1 Kleiderrock 1—1.30 Mk. 1 Bluse 90 Pfg. bis 1 Mk.

Empfehle einen **wirklich schönen, garantiert reinen**
**Kakao**
Pfd. **1.00** u. **1.20** Mk.
**H. Bülck,**
Kaffee- und Tee-Handlung
Breitestr. 54. Fernspr. 149

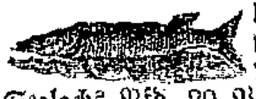
**Willi Westfehling**
**Uhrmacher und Juwelier**
**40 Holstenstr. 40**
Passende Geschenke zur Konfirmation.

# Tapeten

neueste Muster, reichhaltige Auswahl
**Billige Restpartien.**
**Hafen = Drogerie**
**Georg Bornhöfft,**
**Untertrave 44/45.**
Tapetenkleister fix und fertig zum Gebrauch.

**Reparatur. billig u. gut**
Federneinsetzen 1.50 M.
Reinigen . . . 1.50 „
Glas . . . . . 0.30 „
**G. Reese,** Uhrmacher
**Hüxstraße 22—24.**

Große Auswahl in
**Tapeten-Neuheiten**
empfiehlt zu billigen Preisen.
**C. Markmann,** Maler, Friedenstr. 54.



**E. Boy,** Königstr. 61. F. 1811. Markth.-St. 46.
Seelachs Pfd. 20 Pfg., Rotzungen Pfd. 50 Pfg., Schellfische Pfd. 35 Pfg. Dorsch Pfd. 30 Pfg., Kabeljau Pfd. 30 Pfg., Hamburger Stint Pfd. 10 und 15 Pfg., große frische Heringe 3 Stück 10 Pfg.

**Karbonade Pfd. 80** Pfg.
**Ger. Schweinsbacc. 75** Pfg.
ohne Knochen pro Pfund
**Ia. Schweinefleisch 70** Pfg.
Bratenstücke pro Pfd.
**Kopf u. Bein Pfd. 25** Pfg.
**Prima weißes Schmalz** v. nur eig. Schlachtungen, pro Pfd. 85 Pf., bei Abnahme v. 4 Pfd. pro Pfd. **80** Pfg.
**Pr. fetten u. mag. Speck 90** Pf., bei Abnahme v. 4 Pfund pro Pfund **85** Pf.
**Pa. Kuheuter** pro Pfd. 50 Pfg., bei Abnahme von 2 Pfund pro Pfund **45** Pfg.
Jg. fett. **Rindfl.** pro Pfd. **60** Pf., **Rollfl. 80** Pf., **Scheibenbeefsteak 1** Mk., **kleine Rauchstücke 85** Pf., **Kohlwurst 60** Pf., **gek. Mettwurst 70** Pf., **Leberwurst 70** Pf., **Preßwurst 50** Pf., **Schwarzsauer 10** Pf., **Abfallknochen** Pfd. **10** Pfg.
**M. Lahrtz,** Böttcherstraße 16.

**Heiße Knackwurst,**
**Brotwurst**
**Leberwurst** } St. 10 Pf.
**Kopffleisch.**
**Heinr. Viereck**
Hüxstraße 96.

**Empfehle zum Sonntag:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Pr. jg. kernf. Rindfl. | Pfd. | nur 60 | Pf. |
| „ Bratenstücke | „ | 65, 70 | „ |
| „ Beefsteak | „ | 100 | „ |
| „ Rollfleisch | „ | 80 | „ |
| „ Gulasch | „ | 70 | „ |
| „ Gehacktes | „ | 70 | „ |
| „ Kalbfleisch | „ | 50, 60 | „ |
| „ Keulen | „ | 60, 70 | „ |
| „ Schweinefleisch | „ | 75 | „ |

Vertreter **Karl Jürgensen,** Hüxstraße 79.

Empfehle diese Woche:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Pa. Kalbfleisch | Pfd. | 50 u. 55 | Pf. |
| „ Kalbskeule | „ | 60 u. 70 | „ |
| „ fettes Rindfleisch | Pfd. | 60 | „ |
| „ Bratenstücke | Pfd. | 65 | „ |
| „ Scheib.-Beefsteak | Pfd. | 100 | „ |
| „ Rollfleisch | „ | 80 | „ |
| „ Gulasch | „ | 70 | „ |
| „ Gehacktes | „ | 70 | „ |
| „ Roastbeef u. Filet | „ | 70 | „ |
| „ Schweinefleisch | 70 u. | 75 | „ |
| „ kleine Schinken | Pfd. | 75 | „ |
| „ Hammelfleisch | 65 u. | 70 | „ |
| „ Hammelkeulen | Pfd. | 80 | „ |
| „ Flomenschmalz | „ | 80 | „ |

**T. Atmer,**
Schlachterei, Königstr. 48 b.

**Achtung!**
**Empfehle Sonnabend**
**24 Markthallenstand 24.**
Pa. jg. Schweinefleisch 70 Pf.
„ Bratenstücke Pfd. 70 „
„ Kalbfleisch Pfd. 50—60 „
Viertelweise Pfd. 40 und 50 Pfg.
**F. Schröder**
früher Königstraße 48 b.

Empfehle pa. junges fettes **Fleisch,** schöne dicke **Flomen** sowie sämtl. **Wurstsorten** u. von 5 Uhr an: Heiße Knackwürste.
**H. Dibow,** Roßschlachterei
Krähenstraße 13.

# Für die Konfirmation

empfehle

# Schuhwaren.

Neueste Formen. Grösste Auswahl.
Bewährte solide Fabrikate
**für Damen und Herren.**

Paar: **6⁵⁰ 7⁵⁰ 8⁵⁰ 9⁵⁰ 12⁵⁰**

# J. W. Meyer

Breitestrasse 95. **Lübeck.** Telephon 684.

# Konfirmations-Geschenke.

**Enorme Auswahl. Billigste Preise.**

**Handtaschen,** moderne Muster, **50, 85, 98, 125, 150, 200** Pf. an.
**Halsketten 30, 50, 90, 100** Pf. an.
**Broschen 20, 30, 45, 50, 100** Pf. an.
**Gürtel 50** Pf., **1.00, 1.25, 1.35, 2.00** Mk. an.
**Kammgarnituren 65** Pf., **1.00, 1.50** Mk. an.
**Schreibzeuge 35, 50** Pf., **1.00 1.50** Mk. an.
**Zigaretten-Etuis 50, 90** Pf., **1.25** Mk. an.
**Manschettenknöpfe 25, 40, 50** Pf. an.
**Portemonnaies 25, 48, 85, 100** Pf. an.
**Visitenkartentaschen 50** Pf., **1, 1.25** Mk.
**Uhrketten 20, 50, 90** Pf., **1.00 1.25** Mk.

Rabattmarken. **Riesen-Bazar.** Breitestr. 33.
**Pietro Cagna.**

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

| | |
|---|---|
| Lederhosen . . . | **2.20**—6.45 |
| Maurerhosen . . | **2.60**—6.75 |
| Schlosserhosen . | **1.88**—5.25 |
| Überziehhosen . . | **1.08**—2.35 |
| Zwirn-Hosen . . | **1.68**—3.25 |

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Eine große Partie elegante
**Herren- u. Knabenanzüge**
**von tadellosem Sitz, aus modernen Stoffen angefertigt, Ersatz für Maßarbeit, spottbillig. Knaben-Manchester-Anzüge, zum Aussuchen, 4.90 Mk.**
**Marlesgrube 4.**

**Uhrfeder einsetzen 1.50 M.**
**Taschenuhr reinig. 1.50 M.**
**1 Jahr Garantie.**
**Ernst Gentzen,** Uhrmach.
**Königstr. 62, b. d. Hüxstr.**
**Gebe rote Rabattmark.**

Ein großer Posten
**Herren- u. Jünglings-Jackett-Anzüge**
von **10—31.50** Mk.
Durchweg auf Roßhaar gearbeitet.
**Beckergrube 24, Laden.**

**Kartoffeln.**
Empf. hochfeine **Magnum bonum**
6 Pfd. . . . . 25 Pfg.
Zentner . . . . 3.25 Mk.
Händler Vorzugspreise.
**Große Burgstraße 45.**

**Drenske's Stiefel sind die besten.**

**Manchmal schmeckt es,**
**Manchmal schmeckt es nicht.**

# Aber immer schmeckt

**Romatour** . . . . . à **15 Pfg.**
**Lübecker Frühstückskäse** . à **10 Pfg.**

# Hansa-Meierei.

Die allerfeinste Meiereibutter ist teuer.
**Für Feinschmecker offeriere meine**
**Reformbutter**
(Margarine der Zukunft)
**Pfund 80, 90, 100 Pfg.**
Für Koch- und Backzwecke liefere ich eine Ware, reinschmeckend und sehr ergiebig in der Pfanne **Pfund 60 u. 70 Pfg.**
**Obere Wahmstraße 10. Hans Wegener.**
Fernsprecher 1630.

# Deutscher Holzarbeiterverband

**Zahlstelle Lübeck.**

**Ausserordentliche**
# Mitglieder - Versammlung
**am Sonnabend, dem 12. März 1910**
abends 8½ Uhr
**im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**

Tagesordnung:
1. **Die Verhandlungen in Berlin.**
2. **Wahl von Delegierten zum Gautage.**
3. **Verschiedenes.**

**Die Ortsverwaltung.**
NB. Mitgliedsbücher legitimieren.

**Heinr. Beckmann**

Schuhwarenlager
**Reiferstrasse 3**
empfiehlt
**Konfirmanden-Stiefel**
von **5.90** Mk. an
**Herren-Schnür-, Zug- u. Schnallenstiefel** Boxcalf **7.50 8.50 9.90 10.50 11.50** Mk.
**Damen-Schnürstiefel**
Boxcalf und Chevreaux
**6.50 7.50 8.50 9.50** Mk.
**Knaben- und Mädchen-Schnürstiefel**
Boxcalf und Chevreaux
No. 36-39 **6.90** No. 31-35 **5.25 5.75 6.90**
No. 27-30 **4.90 5.25 6.25** Mk.
Prima starke
**Halbstiefel u. Arbeitsschuhe**
in jeder Preislage.
**Rote Rabattmarken.**
**Reparaturwerkstatt. Handarbeit.**

Auf
# Kredit

**Möbel**
für **150** Mk. Anzahl. **15** Mk.
„ **200** Mk. Anzahl. **20** Mk.
„ **300** Mk. Anzahl. **30** Mk.
„ **480** Mk. Anzahl. **48** Mk.

**Betten, Bettdecken, Teppiche, Gardinen, : : Tischdecken : :**

**Anzüge u. Paletots**
Serie I Anzahl. **8** Mk.
Serie II Anzahl. **10** Mk.
Serie III Anzahl. **12** Mk.
**Anzüge für Konfirmanden**
mit **5** Mk. Anzahlung.

**H. Kesten**
**17 Holstenstr. 17, I.**

**Konfirmanden-Anzüge**
**28⁰⁰ 23⁰⁰ 19⁰⁰ 15⁵⁰ 7⁵⁰**
**Unterzeuge u. Wäsche**
**:: Hüte u. Mützen ::**
**Damen-Schürzen** jeder Art.
**F. Jürgensen,**
Ecke Fackenburger u. Schwart. Allee.
Rote Rabattmarken.

**Was braucht ein Herr??**
**Wäsche, Krawatten, Unterzeuge, Schirme, Stöcke, Hüte etc.**
Er kauft sie am besten bei
**Hans Kamerhuis**
**obere Wahmstr. 17.**
Fernsprecher 2035.

Lübecker
**Genossenschafts-Bäckerei**
e. G. m. b. H.

Die in der ordentlichen Generalversammlung vom 9. März 1910 beschlossene Dividende kann vom **Montag, dem 14. März 1910,** ab, an den Wochentagen von morgens 9 bis 12 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, gegen Vorzeigung der Guthabenscheine im Kontor der Genossenschaftsbäckerei, Töpferweg 65, in Empfang genommen werden.
**Der Vorstand.**

# 2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 59. Freitag, den 11. März 1910. 17. Jahrg.

## Zur Neuwahl des amerikanischen Parteivorstandes.

Aus Neuyork wird uns geschrieben:

Die Urabstimmung der amerikanischen Parteigenossen hat, wie bereits kurz mitgeteilt, die Wiederwahl der bewährten Kämpfer Hunter, Berger, Hillquit und Spargo und die Neuwahl der Genossin Lena Morrow Lewis und der Genossen Göbel und Carey zu Mitgliedern des National-Exekutiv-Komitees ergeben. Mit Genossin Lewis ist zum ersten Male eine Frau in den amerikanischen Parteivorstand gewählt.

Zur Wahl standen nicht weniger als 27 Genossen. War schon die Auswahl unter so vielen tüchtigen Parteigenossen an sich nicht leicht, so wurde sie den Wählern noch unnötig erschwert durch das zur Anwendung gebrachte Wahlsystem. Es war nämlich nicht etwa damit getan, die Namen derer, die man nicht zu wählen wünschte, einfach zu durchstreichen, sondern den Wählern war vorgeschrieben, sämtliche 27 Kandidaten zu wählen. Die Wahl selber hatte dadurch zu geschehen, daß die Namen der Kandidaten von 1 bis 27 numeriert wurden, und zwar in der Weise, daß der Name dessen, den man in erster Linie gewählt zu sehen wünschte, Nr. 1, der Name des als Zweitbester Betrachteten Nr. 2 erhielt usw. Danach hatte jeder Wähler, wie man sich bei nicht allzuknapper Muße ausrechnen kann, nicht weniger als 378 Stimmen zu vergeben. Von diesen 378 Stimmen durfte er aber auch keine schuldig bleiben, er mußte die 27 Namen durchnumerieren bis zum bitteren Ende. Und gewählt waren also die 7 Bewerber, die die geringste Anzahl Stimmen erhalten hatten.

Den deutschen Genossen wird ein solches Wahlsystem einigermaßen verrückt erscheinen, die amerikanischen Genossen haben es aber durch eine vorausgegangene Urabstimmung beschlossen, freilich nur, um es gleichzeitig mit seiner ersten Anwendung auch wieder abzuschaffen, und zwar durch Annahme eines dahingehenden Amendements zum Organisationsstatut. Nach diesem System wird also nicht noch einmal gewählt, was im Interesse der Partei und des gesunden Menschenverstandes unbedingt ein wahrer Segen ist. Wenn die Urheber jenes Monstrums von einem Wahlsystem auf Wahlobstruktion ausgegangen wären, so hätten sie ihren Zweck gar nicht besser erreichen können, als es hierdurch geschehen ist. Die „Neuyorker Volkszeitung" meint geradezu, das Wahlsystem sei „ausdrücklich zu dem Zwecke ausgetüftelt, um einen Teil der Genossen tatsächlich seines Wahlrechts zu berauben und einen anderen Teil konfus zu machen", und sie gibt ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, „daß die Anreger des neuen Systems, soweit sie zur Wahl standen, nicht nur nicht gewählt wurden, sondern recht entfernt von unten von den Namen der Erwählten ihr Erscheinen machten." Jedenfalls hat das merkwürdige Wahlsystem zahlreiche Wähler irregeführt, und eine enorme Anzahl Stimmen verfiel daher der Ungültigkeitserklärung. In Boston und dem ganzen Staate Massachusetts wurde auf diese Weise fast die Hälfte aller abgegebenen Stimmen hinausgeworfen. Da aber jeder Wähler 378 Stimmen abzugeben hatte und abgeben mußte, blieben freilich immer noch runde 400 000 Stimmen übrig, mit deren Zählung alle Mann vom Parteivorstandsbureau mit Zuhilfenahme eines Experten und einer Zählmaschine eine Woche vollauf zu tun hatten, und wobei sie noch in der Nacht zum 12. Februar sämtlich durcharbeiten mußten, um ihren vorläufigen Bericht fertigzustellen. Den ausführlichen Bericht bringt erst das nächste Monatsbulletin des National-Exekutiv-Komitees.

Zur Urabstimmung stand gleichzeitig ein Antrag des Parteivereins in Tylor, Texas, der nicht mehr und nicht weniger verlangt als die Auflösung der nationalen (Landes-) Organisation und die Reorganisation auf Grundlage autonomer, einzelstaatlicher Gruppen. Dieser Antrag auf Desorganisation wurde mit 9 318 gegen 2 334 Stimmen zurückgewiesen.

Das ebenfalls durch Urabstimmung angenommene Amendement zum Organisations-Statut besagt: „Das National-Exekutiv-Komitee soll aus sieben Mitgliedern bestehen, deren Amtstermin zwei Jahre betragen soll. Die Mitglieder des Exekutiv-Komitees sind durch Urabstimmung zu wählen. Der Aufruf zur Nomination von Kandidaten soll am ersten Oktober eines jeden ungeraden Jahres erfolgen. Jeder Ortsverein soll berechtigt sein, sieben Kandidaten aufzustellen. Die Nominationen sind innerhalb einer Frist von dreißig Tagen zu bewirken, die Frist für Annahme oder Ablehnung der Kandidatur soll zehn und die für das Referendum fünfzig Tage betragen.

Nominationen durch fünf Ortsvereine sollen einen Kandidaten zu dem Anspruch berechtigen, daß sein Name auf den Stimmzettel gesetzt wird. Als gewählt zu betrachten sind die sieben Kandidaten, die die höchste Stimmenzahl erhalten. Vakanzen sind in gleicher Weise auszufüllen. Mitglieder des Exekutivkomitees können durch Urabstimmung in der durch die einschlägigen Bestimmungen des Statuts vorgeschriebenen Weise wiedergewählt werden, jedoch haben die Nominationen in solchen Fällen nicht innerhalb dreißig Tagen, sondern unverzüglich zu erfolgen."

## Gewerkschaftsbewegung.

**Lohnbewegungen der Gärtner.** Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein befindet sich zurzeit in verschiedenen Städten in Lohnbewegungen. Die Bewegung in Hamburg betrifft nur die Landschaftsbranche. Schon im Juli vorigen Jahres haben die dortigen Unternehmer dem Verbande angeboten, mit ihm einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Verhandlungen zogen sich indes in die Länge und sind noch nicht abgeschlossen. In Bremen kündigten die Arbeiter den seit drei Jahren laufenden Tarifvertrag. Über die neuen Forderungen sollte am 1. Februar mit den Unternehmern verhandelt werden. Die Vertreter der Unternehmer lehnten es jedoch ab, mit den Vertretern der Gewerkschaft zu verhandeln. Später teilten sie mit, daß sie wohl das berechtigte Streben der Arbeiter, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, voll würdigen und anerkennen, aber wegen der „darniederliegenden Geschäftsverhältnisse" nicht in der Lage seien, Aufbesserungen zuzugestehen. Demnach erscheint es als aussichtslos, auf friedlichem Wege eine Verständigung zu erzielen. In Lübeck sind den Unternehmern die Forderungen durch Zirkularschreiben einzeln unterbreitet worden. Hier trat sogleich eine kleine Wirkung ein, indem die größte Firma ihren Arbeitern eine kleine Zulage gewährte, offenbar, um der Bewegung die Stoßkraft zu nehmen. Es wird auch hier eine Tarifvereinbarung erstrebt. In Düsseldorf hat der Verein der Gärtnereiunternehmer es abgelehnt, sich auf Verhandlungen einzulassen, weil er sich „nicht kompetent" erachtet, für die Gesamtheit einen Vertrag abzuschließen. Jenem Verein gehören 75 Prozent aller in Frage kommenden Unternehmer an. In Stuttgart wurde mit der dortigen größten Landschaftsgärtnereifirma eine Vereinbarung getroffen, wonach die Gärtnereigehilfen und Arbeiter eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. die Stunde erhalten. Der Unternehmer erklärte ferner schriftlich: „Sobald die von Ihnen vertretene Lohnforderung in den (hiesigen) Betrieben als eingeführt zu betrachten ist, so wird diese auch von mir eingeführt." Weitere Lohnbewegungen sind noch in Barmen und Nürnberg zu verzeichnen.

**Tarifkündigungen.** Die Böttcher in Halle a. S. haben den Tarif bei den Meistern und Faßhändlern gekündigt und einen neuen verbesserten eingereicht. Die in den kaufmännischen Betrieben beschäftigten Kollegen haben sich dem angeschlossen und fordern ebenfalls, erstmalig tarifliche Vereinbarungen. Die Beteiligten sind fest entschlossen, ihre Forderungen zur Durchführung zu bringen und wollen bei eventueller Ablehnung in den Kampf eintreten. Es wird deshalb schon jetzt um Fernhaltung des Zuzuges gebeten. — In eine Tarifbewegung sind die Tapezierer Nürnbergs eingetreten. Sie beschlossen in einer Versammlung, den demnächst ablaufenden Tarif zu kündigen und den Unternehmern einen in verschiedener Hinsicht verbesserten Tarifentwurf vorzulegen.

**Lohnbewegungen in der Lederwarenindustrie.** Der Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen hat wieder einige Bewegungen erfolgreich beendet. In Burg bei Magdeburg wurde eine Lohnbewegung der Handschuhnäherinnen in voriger Woche beendet. Die Mehrzahl der Firmen hatte die Forderung der Näherinnen bereits bewilligt. 2 Handschuhfabriken und 2 Nahtfaktoren weigerten sich, den höheren Nahtlohn zu zahlen. Durch Eingreifen der Schlichtungskommission wurden auch diese 4 Firmen zur Bewilligung der Forderung veranlaßt. Die Erhöhung beträgt 12 Pfg. pro Dutzend Handschuhe. — In Heidingsfeld wurde die Tariferneuerung der Weißgerber mit Erfolg beendet. Die Arbeitszeit wurde von 9½ auf 9 Stunden pro Tag verkürzt. Der Stundenlohn wurde um 5 Pfg., für Maschinenarbeiter um 6 Pfg. pro Stunde erhöht. Die Stücklöhne wurden um 7 bis 10 Proz. erhöht. Es wurde ein dreijähriger Tarifvertrag abgeschlossen. — F. St. Ilgen bei Heidelberg wurde ebenfalls für die Weißgerber ein dreijähriger Tarifvertrag abgeschlossen. Der Stundenlohn wurde um 3 Pfg. pro Stunde erhöht. Die Stücklöhne erfuhren eine entsprechende Steigerung. Die Bewegung der Weiß- und Sämischgerber in Karlsruhe-Mühlburg und Zeutern bei Bruchsal zur Verbesserung der bestehenden Tarifverträge ist noch nicht beendet. Die Arbeiter wünschen für den Abschluß eines neuen Vertrages die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden pro Tag. Für Arbeiter, die über 2 Jahre im Betriebe tätig sind, Gewährung eines jährlichen Urlaubs von 6 Tagen unter Fortbezahlung des Lohnes. Die Stunden- und Akkordlöhne sollen für die einzelnen Arbeiterkategorien entsprechend erhöht werden. Der neue Vertrag soll wieder 2 Jahre Geltung haben. In Görlitz haben die Sämischgerber den Tarifvertrag gekündigt. Sie fordern Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pfg. pro Stunde.

**Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.** Außer in einer großen Anzahl anderer Orte ist es jetzt auch zu einer Verständigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Berlin gekommen. Die zwischen den Kommissionen getroffenen Vereinbarungen wurden Dienstag der Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Holzarbeiterverbandes vorgelegt und akzeptiert. Die Berliner Holzarbeiter erreichten durch die Bewegung eine fünfprozentige Lohnerhöhung, Verbesserung des Arbeitsnachweis-Regulativs, einen höheren Aufschlag für Montagearbeiten und einige weitere Verbesserungen. Der Vertrag gilt für Groß-Berlin, also auch für Rixdorf, Weißensee, Charlottenburg, Schöneberg und einige weitere Orte. Die Arbeitgeber haben in einer Versammlung zu den Vereinbarungen noch nicht Stellung genommen, doch ist zu erwarten, daß auch dort Zustimmung erfolgt.

**Differenzen im Holzgewerbe in Ost-Sachsen.** In Löbau und Georgswalde sind in der Pianoforte-Fabrik von Förster aufs neue Differenzen ausgebrochen. Nachdem man sich vor einigen Wochen verständigt hatte, daß in der Fabrik ein Arbeiterausschuß gewählt werden sollte, der die Beschwerden der Arbeiterschaft der Firma vor-

## Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(35. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Wohin?" fragte die Mutter.

„Nach Amerika," antwortete Johann, indem er hinausging.

„Nach Amerika! Das geht durchaus nicht an! Daniel!" rief die Frau Minister.

Hilda kam halb angezogen ihrem Bruder nachgelaufen; sie hatte in ihrem Schlafzimmer alles mit angehört.

„Johann, Johann!" rief sie, „ist es wirklich wahr, daß Du wieder wegreisest?"

„Ja, Hilda, jetzt reise ich für immer nach — nach Amerika. Es tut mir Deinetwegen leid, Du Arme, Du bist dann wieder ganz allein —" und er drückte sie an seine Brust.

„Ach, ach," schluchzte Hilda, „kannst Du mich denn nicht mitnehmen?"

Sie sagte das, ohne weiter etwas dabei zu denken; aber ihr Bruder erfaßte es sogleich, und als Hilda dagegen einwendete, daß die Mutter es nie zugeben werde, erwiderte er hart: „Ach, es sind ja nur die beiden Mißglückten, die fortziehen. Überdies fragen wir nicht länger um Erlaubnis. Komm mit mir und hilf mir, bis Du etwas Besseres findest."

„Aber, lieber Johann, ist es denn wirkkich Dein Ernst?"

„Weshalb nicht? Was soll hier zu Hause aus Dir werden. Heiraten wirst Du schwerlich — bitte um Entschuldigung, daß ichs gerade heraussage — und zum Arbeiten bist Du zu fein. Du bist für Amerika wie geschaffen."

Frau Bennechen trat herein aus dem Schlafgemach. „Ach, da bist Du ja noch, Johann! Das war schön — dann kann ich noch mit Dir sprechen."

„Hilda reist mit," sagte Johann.

Die Frau Minister machte eine Anstrengung, um zu lachen: „Nun, es freut mich, das zu hören! das Ganze war also Scherz; ja, das dachte ich mir!"

„Nein, Mutter, es ist Ernst," versetzte Johann trocken. „Hilda, geh auf Dein Zimmer und pack Deine Sachen; wir gehen heute abend an Bord."

Hilda war ganz verwirrt, aber der gebieterische Ton des sonst so verzagten Bruders machte einen solchen Eindruck auf sie, daß sie gehorchte und hinausging.

„Höre nun, Johann," sagte Frau Bennechen und stellte sich dicht vor ihren Sohn hin, „bist Du von Sinnen oder bist Du nur betrunken? Glaubst Du, daß Dein Vater und ich uns einen solchen Skandal bereiten lassen?"

„Ich hole Hilda heute abend ab; und wenn sie nicht fertig ist, so kannst Du Dich auf einen noch größeren Skandal gefaßt machen." Damit schritt er auf die Türe zu.

Die Frau Minister stieß einen Schrei aus und ließ sich in einen Lehnstuhl fallen.

„Johann, Johann!" rief der Minister, der sich mit den Beinkleidern in der Hand in der Schlafstubentür zeigte, „sieh doch Deiner Mutter bei! Siehst Du nicht, daß sie in Ohnmacht gefallen ist?"

„Sie ist nicht in Ohnmacht gefallen", erwiderte Johann und ging seiner Wege.

### 17.

Der Auswanderer-Agent rieb sich die Hände über die glückliche Erwerbung des Doktors, während er das von der Westküste gekommene Dampfschiff, das jetzt an den Quai geholt wurde und sich vor dem englischen hinlegte, beobachtete.

Sein scharfes Auge, das überall nach Auswanderern spähte, entdeckte sogleich Njädel und den Altermann, und sobald sie ans Land gekommen waren, drängte er sich durch die Menge an sie heran.

„Auswanderer — wie ich sehe!" sagte er, indem er grüßte.

Der Lotsen-Altermann dankte, als aber der Agent nach einem Sack griff, den jener in der Hand trug, wollte er durchaus nicht zugeben, daß der feine Herr sich damit belästige. Inzwischen schwatzte der Agent unaufhörlich, während er sie aus dem Schwarm, der sich um das angekommene Schiff gesammelt hatte, führte. Njädel ging hinterdrein, betrachtete aber alles mit dem größten Mißtrauen.

„Sehen Sie — dort liegt Ihr Schiff: „First class altogether!" Haben Sie Billette?" fragte der Agent.

„Nein", antwortete der Altermann.

„Very well! Die Billette erhalten Sie an Bord; haben Sie die Güte hinaufzusteigen!"

„Wann geht das Schiff ab?" fragte Njädel jetzt.

„Morgen früh," erwiderte der Agent und mit einer Geläufigkeit, die Njädel fast schwindelig machte, entwickelte er alle mit seiner Linie verbundenen Vorteile, wie glücklich es sei, daß sie ihn getroffen, und wie bequem, daß sie jetzt geradewegs an Bord gehen könnten und sich in der Stadt kein Unterkommen zu suchen brauchten. Dies letzte Argument war den beiden einleuchtend und sie folgten dem Agenten, der ihnen im Laufe einer Viertelstunde Kojen in der zweiten Kajüte verschaffte, die Billette besorgte, Bezahlung entgegennahm, eine Quittung ausstellte und die Sache abschloß, indem er die Hände zusammenschlug und sagte: „All right! first class altogether!"

Als dies abgemacht war, gingen sie ans Land: Njädel aber flüsterte dem Lotsen-Altermann zu: „Wenn er uns nur nicht betrogen hat — der feine Kerl — er schwatzte ja in einem fort."

Der Altermann lachte geringschätzig und sagte, das sei amerikanische Manier. Jetzt handele es sich nur darum, Bescheid über „die Sache" zu erhalten, und Christine im Krankenhause aufzusuchen. Njädel meinte, sie sollten geradewegs zum König gehen; aber der Altermann lachte ihn wieder aus und begann alle Leute, denen sie begegneten, um den Weg nach dem Ministerium zu fragen.

Seine Fragen hatten aber keinen Erfolg; die meisten lachten oder antworteten mit einem Witz; andere blieben stehen, um ihnen nachzusehen. Sie sahen auch auffallend genug aus; der kleine rotbackige Altermann in gelber Seemannsjacke und Pelzmütze und der Riese mit dem krummen Rücken, dem wilden Bart und den wunderbaren hellen Kinderaugen.

Allmählich begannen sie dies selbst zu fühlen, je mehr sie sich den feineren Stadtteilen näherten; der Altermann fragte nicht mehr so zuversichtlich, und als sie am Posthause vorbeikamen, sagte er kleinlaut: „Wahrhaftig, es ist schon 10 Uhr."

Sie blieben stehen, um den Turm der Erlöserkirche zu betrachten, als ein feiner Mann mit Papieren unter dem Arm um die Ecke bog.

Der Altermann faßte sich ein Herz: „Um Entschuldigung! Könnten Sie uns wohl sagen, wo das Ministerium ist?"

„Welches Ministerium?"

„Gibt's denn mehr als eins?" fragte der Altermann mutlos.

„Ach, Verehrtester!" versetzte der feine Herr, „wie sollte wohl Alt-Norwegen bei einem einzigen Ministerium bestehen können. Was wollen Sie denn aber im Ministerium?"

(Fortsetzung folgt.)

tragen sollte, hat der Inhaber der Firma je ca. 15 Arbeiter in Löbau und Georgswalde, darunter auch den Arbeiterausschuß in beiden Fabriken, entlassen. Hierauf haben 140 Arbeiter in Löbau und ca. 100 in Georgswalde die Arbeit eingestellt. Es wird darum gebeten, Zuzug von Pianofortearbeitern und Polierern nach diesen Betrieben fernzuhalten.

**Lohnbewegungen im Steinsetzergewerbe.** Der Streik in Hannover ist mit teilweisem Erfolge für die Arbeiter beendet. Es wurde für die Arbeiter eine halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit pro Tag erzielt, ferner für Steinsetzer und Rammer je 5 Pfg. Lohnzulage pro Stunde und für Hilfsarbeiter 2 Pfg. Bei zwei Firmen wurden die Zugeständnisse durch Streik erzielt, während die übrigen sieben Firmen dann erklärten, sich diesen Abmachungen, die allerdings nicht tariflich festgelegt sind, anzuschließen. Seitdem durch ein Gerichtsurteil in Hannover festgestellt worden ist, daß an Tarifverträge niemand gebunden ist, wollen die Unternehmer im Steinsetzergewerbe solche nicht mehr abschließen. In Freiberg in Sachsen gelang es ohne Streik, mit der einzigen ansässigen Firma einen Tarifvertrag zustande zu bringen, durch den ebenfalls eine halbstündige Arbeitszeitverkürzung pro Tag und eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde für dieses Jahr und 4 Pfg. für nächstes Jahr erzielt wurde. Mit dem sächsisch-thüringischen Arbeitgeberverband, der seinen Sitz in Plauen hat, haben bereits Verhandlungen stattgefunden, um sowohl den Streik in Plauen beizulegen, wie auch die Tarife für Altenburg und Eisenberg zu verlängern. Die Verhandlungen sind resultatlos verlaufen, weil die Unternehmer zwar für Altenburg und Eisenberg 2 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde boten, aber zugleich eine Anzahl Verschlechterungen einführen wollten, die ersteres Zugeständnis vollständig aufhoben. Für Plauen wollten sie gar keine Zugeständnisse machen.

**Erfolgreiche Kämpfe der Konfektionsarbeiter.** Die ausständigen Konfektionsarbeiter in Stuttgart haben am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie einen recht netten Erfolg errungen haben. Beim Heimarbeitertarif wurde ein Aufschlag von 20 Pfg. für alle Großstücke und 10 Pfg. für alle Kleinstücke bewilligt. Für Extraarbeiten werden höhere Löhne gezahlt. Ein wesentlich verbesserter Tarif wurde für die Zuschneider akzeptiert; der neue Werkstättentarif sieht eine mindestens 5prozentige Lohnerhöhung vor. Der Streik der Damenschneider in Nürnberg, an dem 195 weibliche und 68 männliche Arbeiter beteiligt waren, ist ebenfalls beendet. Im neuen Tarif wurde eine wöchentliche Arbeitszeit von 55½ Stunden festgelegt. Die Löhne erfuhren zum Teil Aufbesserungen von 80 und mehr Prozent. Der Bremerhavener Ortsverein der Schneider hat mit dem Arbeitgeberverband der Branche einen für die Unterweserorte gültigen Tarif abgeschlossen, der den Arbeitern wesentliche Vorteile bringt.

## Literarisches.

**Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung** liegt nunmehr komplett vor, nachdem auch der dritte Teil zur Ausgabe gelangt ist.

Die vorher erschienenen Bände: 1. Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes, 2. Die Geschichte des Sozialistengesetzes in Berlin haben in der Presse eingehende Beachtung und vielfach lobende Besprechungen erzielt. Nicht minder interessant ist der dritte Band, der den Untertitel führt: „Fünfzehn Jahre Arbeiterbewegung unter dem gemeinen Recht". Die wichtigen Vorgänge innerhalb der Berliner Arbeiterbewegung bis in die neueste Zeit werden in diesem Bande in Wort und Bild gewürdigt und es ist von größtem Interesse für jeden Mitkämpfer, sich diese Ereignisse, bei denen er vielleicht mitgekämpft hat, ins Gedächtnis zurückzurufen. Jeder Parteigenosse sollte die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung lesen, denn aus der Geschichte der eigenen Partei sieht er vergangene Zeiten vor dem geistigen Auge auftauchen; sie zeigt den Aufstieg der Arbeiterklasse vom dumpfen energielosen Kapitalssklaven zum politisch denkenden klassenbewußten Arbeiter, der alle Kraft einsetzt in dem Kampf für die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung. Die Geschichte der eigenen Bewegung lehrt der Weg erkennen, der der Arbeiterbewegung zur Erreichung ihres Zieles vorgezeichnet ist. Die zahlreichen Bilder und Dokumente erhöhen den Wert der Arbeit und tragen zur Veranschaulichung bei. Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung kostet pro Band broschiert 5 Mk., in Leinen gebunden 6,50 Mk., in Halbfranz 7,50 Mk. Außerdem ist jeder Band in je 17 Heften a 30 Pfg. durch alle Buchhandlungen, Spediteure und Zeitungsausträger zu beziehen. Ausführliche Prospekte versendet kostenlos der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck

# Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.

## Bilanz pro 31. Dezember 1909.

**Activa.**

| | M. | ₰ |
|---|---|---|
| An Grundstücks-Konto | 138303 | 96 |
| „ do. Johannisstraße 46/52 | 408985 | 13 |
| „ Dampfmaschinen-Konto | 3 | — |
| „ Sieb- und Sichtmaschinen-Konto | 29 | — |
| „ Reinigungsmaschinen-Konto | 5 | — |
| „ Gasmotor- und Maschinen-Konto | 3 | — |
| „ Inventarien-Konto | 6 | — |
| „ Pferde- und Wagen-Konto | 483 | 94 |
| „ Kassa-Konto | 502 | — |
| „ Giro-Konto | 7196 | 49 |
| „ do. | 24663 | 55 |
| „ do. | 31320 | 74 |
| „ Depositen-Konto | 650 | — |
| „ Großeinkaufs-Gesellschafts-Konto | 2500 | — |
| „ Bankeinlagen-Konto | 42395 | 80 |
| „ Debitoren-Konto | 207 | 90 |
| „ Waren-Konto | 31770 | 78 |
| M. | 689026 | 29 |

**Passiva.**

| | M. | ₰ |
|---|---|---|
| Per Geschäftsanteil-Konto | 16300 | — |
| „ Asservaten-Konto | 1323 | 50 |
| „ Reservefonds-Konto | 28517 | 34 |
| „ Spezialfonds-Konto | 26791 | 67 |
| „ Unterstützungsfonds-Konto | 14903 | 47 |
| „ Bau-Konto | 21629 | 50 |
| „ Hypotheken-Konto | 76000 | — |
| „ do. Johannisstraße 46/52 | 245000 | — |
| „ Spareinlagen-Konto | 229795 | 78 |
| „ Sparmarken-Konto | — | 40 |
| „ Kreditoren-Konto | 2454 | 50 |
| „ Bibliothek-Konto | 905 | 75 |
| „ Gewinn- und Verlust-Konto: | | |
| Reingewinn pro 1909 | 25404 | 38 |
| M. | 689026 | 29 |

## Gewinn- und Verlust-Konto.

**Debet.**

| | | M. | ₰ |
|---|---|---|---|
| Verteilung des Gewinn-Vortrages von 1908 laut Generalversammlungsbeschluß vom 10. März 1909. | | | |
| An Dividenden-Konto | Mk. 3076,— | | |
| „ Bibliothek-Konto | „ 3000,— | | |
| „ Unterstützungsfonds-Konto | „ 3000,— | | |
| „ Waren-Konto | „ 2500,— | | |
| „ Bau-Konto | „ 9000,— | | |
| „ do. | „ 1110,47 | 21686 | 47 |
| „ Handlungsunkosten-Konto | | 17664 | 17 |
| „ Reparaturen-Konto | | 10832 | 64 |
| „ Brenn- und Beleuchtungs-Konto | | 22627 | 37 |
| „ Pferdeunterhaltungs-Konto | | 8974 | 65 |
| „ Lohn- und Salär-Konto | | 89728 | 30 |
| „ Zinsen-Konto | | 19037 | 57 |
| „ Provisions-Konto | | 142578 | 45 |
| „ Abgaben-Konto | | 5730 | 88 |
| „ Kraftstrom-Konto | | 813 | 66 |
| „ Abschreibungen: | | | |
| Debitoren-Konto | Mk. 762,21 | | |
| 4 % Grundstücks-Konto | „ 5762,67 | | |
| 3 % Johannisstr. 46/52 | „ 12649,02 | | |
| Dampfmaschinen-Konto | „ 160,95 | | |
| Sieb- u. Sichtmaschinen-Konto | „ 250,20 | | |
| Reinigungsmaschinen-Konto | „ 15,54 | | |
| Gasmotor- und Maschinen-Konto | „ 65,78 | | |
| Inventarien-Konto | „ 1330,— | | |
| Pferde- und Wagen-Konto | „ 1000,— | 21996 | 37 |
| „ Gewinn-Vortrag auf neue Rechnung | | 25404 | 38 |
| M. | | 387074 | 91 |

**Kredit.**

| | M. | ₰ |
|---|---|---|
| Per Gewinn-Vortrag von 1908 | 21686 | 47 |
| „ Gewinn auf Waren-Konto | 348023 | 02 |
| „ Miete-Konto | 17365 | 42 |
| M. | 387074 | 91 |

| | | |
|---|---|---|
| Am 1. Januar 1909 betrug die Mitgliederzahl | | 1210 |
| Abgang mit Schluß des Jahres 1909: | | |
| Ausgetreten | 4 | |
| Verstorben | 14 | 18 |
| | | 1192 |
| Eingetreten sind 1909 | | 38 |
| Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1910 | | 1230 |

**Dreizehntes Jahr mit beschränkter Haftpflicht.**

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder haben sich seit dem 1. Januar 1909 um Mk. 690,— vermehrt.

Die Haftsumme hat sich seit dem 1. Januar 1909 um Mk. 600,— erhöht.

Betrag der Haftsumme am 31. Dezember 1909 Mk. 36 900,—.

**Lübecker Genossenschaftsbäckerei e. G. m. b. H.**

Der Vorstand: P. Pape. J. Böger. Der Aufsichtsrat: J. Reppenhagen. Paul Löwigt. A. Beck. C. Hammann. G. Luckmann.

Einen großen Posten Schuhwaren, Herren-, Damen- u. Kinderstiefel, sehr gute Qualität, enorm billig. Obere Marlesgrube 4.

**Holsten-Automat**
G. m. b. H.
**Holstenstr. 14.**
Warme und kalte Speisen
Feinste belegte Brötchen 10 Pfg.
Helles u. dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum bestens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

**Achtung!**
**Versammlung**
aller am Staat beschäftigten Arbeiter
Sonntag, 13. März,
nachmittags 2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Die Ruhelohnkasse-Vorlage und die Antwort auf unsere Lohneingabe vom 1. April 1909.
Referent: H. Vohl, Lübeck.
Der Einberufer.

**Hansa-Theater**
Täglich 8¼ Uhr.
Noch nie dagewes. Lacherfolg erzielt allabendlich die übertolle Burleske
**Lübeck auf Stelzen**
mit Willy Agoston als Quasslich.
Vorher: Das glänzende Spezialitäten-Programm.
Die ausgegebenen Vorzugskarten, halbe Preise, haben auch Sonntag Gültigkeit.

**Stadthallentheater.**
Sonntag, 13. März. 7½ Uhr.
Zum letzten Male.
**Die Liebe wacht.**
Lustspiel von Caillavet u. de Flers.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14 und Rob, Kohlmarkt 13.

**Neues Stadttheater.**
Sonnabend, 12. März. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 152. Sonnabend-Ab. 25.
Bei kleinen Preisen.
**Die Journalisten.**
Lustspiel von Gustav Freytag.
Sonntag. Zum 1. Male! Neu!
**Der Graf von Luxemburg.**
Operette von Franz Lehar.

Vorläufige Anzeige.
Montag, 14. März. 7½ Uhr.
Erhöhte Preise.
Einmal. Gastspiel Ottilie Metzger vom Stadttheater in Hamburg.
**Carmen.** Oper von Bizet.